

DualUpdate

**LIBERALE VORSCHLÄGE FÜR EINE
MODERNE BERUFLICHE BILDUNG!**

2. LANDESKONGRESS 2019

Tagesordnung zum 2. Landeskongress 2019

Ort: Tagungshaus „Alte Feuerwache“, Axel-Springer-Straße 40/41, 10969 Berlin

Bitte beachtet, dass wir pünktlich anfangen werden, damit wir einen reibungslosen Ablauf garantieren und eine umfassende Antragsberatung ermöglichen können.

FREITAG, 28. Februar 2019

Einlass um 17 Uhr, Beginn des Kongresses um 17:30 Uhr

- TOP 01 Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen Berlin
- TOP 02 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 03 Wahl eines Tagungspräsidiums
- TOP 04 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 05 Wahl einer Zählkommission
- TOP 06 Berichte
 - a. des Landesvorsitzenden
 - b. des Landesschatzmeisters
 - c. der Kassenprüfer
 - d. des Ombudsmitglieds
- TOP 07 Aussprache
- TOP 08 Wahl der Delegierten zum Bundeskongress der Jungen Liberalen
- TOP 09 Grußworte
- TOP 10 Wahl der Ersatzdelegierten zum Bundeskongress der Jungen Liberalen
- TOP 11 Anträge zur Änderung der Landessatzung
- TOP 12 Antragsberatung

Unterbrechung des Kongresses gegen 22:30 Uhr

SAMSTAG, 29. Februar 2019

Fortsetzung des Kongresses um 10:00 Uhr

- TOP 13 Vorstellung der Landesfachausschüsse
- TOP 14 Fortsetzung der Antragsberatung
- TOP 15 Schlusswort des Landesvorsitzenden

Seite 2

Ende des Kongresses gegen 19 Uhr

Im Anschluss, am SAMSTAG, ab 21 Uhr, bist du herzlich zur Landeskongress-Party eingeladen. Wir feiern in der „Kara Kas Bar“ in der Kurfürstenstraße 9 in 10785 Berlin.

Kongressleitfaden

Der Landeskongress (kurz: LaKo) ist das höchste Beschlussorgan der Jungen Liberalen Berlin. Er tritt normalerweise dreimal im Jahr zusammen, unter anderem um gemeinsam Anträge zu beraten und den Landesvorstand zu wählen. Antrags- und stimmberechtigt sowie redeberechtigt sind alle Mitglieder der JuLis Berlin – deshalb **trau dich** und melde dich für einen Wortbeitrag! Insbesondere Neumitglieder werden bei uns immer gerne gesehen und wir wollen euch explizit ermutigen, in die Debatten einzusteigen.

Anträge

Anträge konnten im Vorfeld des Landeskongresses online eingereicht werden. Die Reihenfolge, in der diese behandelt werden, wird in einer Umfrage, an der alle Berliner JuLis teilnehmen können, vor dem Kongress festgelegt (Alex-Müller-Verfahren). Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge werden allerdings immer zuerst behandelt.

Die Antragsberatung findet in drei Lesungen statt: Zu Beginn der **ersten Lesung** begründet der Antragsteller seinen Antrag. Daraufhin findet eine *Generaldebatte* statt, in der sich die Teilnehmer allgemein zu diesem äußern können.

In der **zweiten Lesung** können *Änderungsanträge* zu einzelnen Textpassagen gestellt werden. Es ist möglich, diese zu streichen, durch einen anderen Text zu ersetzen, oder neuen Text hinzuzufügen. Die Änderungsanträge werden der Reihe nach aufgerufen und müssen von deren Antragsteller begründet werden, woraufhin eine Debatte über sie stattfindet. Daraufhin wird einzeln über sie abgestimmt, wenn sie nicht vom Antragsteller des Gesamtantrages übernommen wurden. Abstimmungen erfolgen in der Regel durch das *Heben der Stimmkarte*, seltener auch schriftlich.

Wurden alle Änderungsanträge behandelt, wird in die **dritte Lesung** übergegangen, in der nochmal eine kurze Debatte stattfinden kann. Darauf folgt die *Schlussabstimmung*: Die Annahme eines Antrags erfordert eine einfache Mehrheit, bei Satzungsänderungsanträgen eine Zweidrittelmehrheit.

Wahlen

Der Landeskongress wählt u.a. den Landesvorstand, die Delegierten für den Bundeskongress, einen JuLis-Vertreter für den Landesvorstand der FDP Berlin und gegebenenfalls einen Berliner Kandidaten für den Bundesvorstand. Wählbar ist dabei jedes Mitglied und jeder Kandidat hat das Recht auf Vorstellung. Wahlen finden schriftlich, also geheim, statt.

Wortbeiträge

Grundsätzlich spricht bei Landeskongressen nur derjenige, der gerade am Rednerpult steht. Wenn du dich zu einem Antrag äußern möchtest, dann meldest

Seite 4

du dich ganz einfach beim Tagungspräsidium. Die jeweiligen Redner werden daraufhin der Reihe nach aufgerufen.

Bei Änderungsanträgen verwenden wir regelmäßig ein System, bei dem es zwei Rednerlisten gibt: Eine **Pro**-Liste mit Personen, die *für* den Antrag reden möchten, sowie eine **Contra**-Liste mit Leuten, die *dagegen* sprechen wollen. Diese werden dann abwechselnd aufgerufen, um die Debatten ausgewogener und fairer zu gestalten. Um auf eine der Rednerlisten zu kommen, meldest du dich dann einfach mit „*Daumen hoch*“ (Pro) oder „*Daumen runter*“ (Contra).

Zwischenfragen

Während eine Person redet, gibt es für alle anderen Teilnehmer die Möglichkeit, *inhaltliche Zwischenfragen* zu stellen. Jedoch sollte man nicht einfach reinrufen: Stattdessen zeigst du an, dass du eine Zwischenfrage stellen möchtest, indem du deine Hände über dem Kopf zusammenführst. Das Tagungspräsidium wird daraufhin den Redner am Ende seines nächsten Satzes fragen, ob er die Frage zulassen möchte. Tut er dies, darfst du ihn eine kurze Frage stellen, die er daraufhin beantworten kann. Lehnt er es ab, musst du dich ggfs. auf die Rednerliste stellen, um die Frage doch noch loszuwerden.

Wichtig: Bei Zwischenfragen geht es wirklich nur darum, *inhaltliche Verständnisfragen* zu klären und nicht, neue (Gegen-)Argumente vorzubringen. Zudem sind Zwiegespräche verboten, das heißt, man darf auf die Antwort des Redners nicht mit einem weiteren Wortbeitrag erwidern. Wenn du den Bedarf dazu siehst, melde dich doch einfach für einen Redebeitrag.

Geschäftsordnungsanträge

Geschäftsordnungsanträge (kurz: **GO-Anträge**) sind Anträge zum Verfahren bzw. Ablauf des Kongresses – ihr findet eine Liste der GO-Anträge in der Geschäftsordnung des BuKos unter julis.de. Jeder Teilnehmer kann einen GO-Antrag stellen – dies wird angezeigt durch das *Ausstrecken beider Arme*. GO-Anträge genießen Priorität vor anderen Anträgen und werden zum nächsten möglichen Zeitpunkt aufgerufen, jedoch frühestens am Ende des derzeitigen Redebeitrags (um den Redner nicht zu unterbrechen). Wird der GO-Antrag aufgerufen, hat der Antragssteller die Möglichkeit zu einer kurzen Begründung. Daraufhin wird vom Präsidium nach einer Gegenrede gefragt – erhebt sich diese nicht, gilt der Antrag angenommen, andernfalls wird über ihn abgestimmt.

Awareness-Leitfaden

Liebe JuLis,

mit dem nächsten Landeskongress steht auch die nächste legendäre LaKo-Party an. Damit die Party auch allen Spaß macht, möchten wir auf einige wichtige Punkte hinweisen.

Von nun haben wir auf all unseren Partys **vier Vertrauenspersonen**, an die ihr Euch wenden könnt. Die Vertrauenspersonen werden vom Landesvorstand sorgfältig ausgewählt. Sie zeichnen sich durch ihre langjährige Erfahrung im Verband aus und werden alles daran setzen, Eure Probleme diskret zu lösen. Die **Vertrauenspersonen werden auf jedem Landeskongress vorgestellt**. Sie sind zu jeder Zeit telefonisch und persönlich erreichbar.

Grenzüberschreitendes Verhalten

Wenn ihr mitbekommt, dass

- jemand stark alkoholisiert ist und auf Grund dessen Hilfe benötigt,
- jemand auf Grund von starkem Alkoholkonsum oder anderweitigen Substanzen die negativen Konsequenzen seines/ihres Handelns nicht mehr einschätzen kann,
- jemand die Annäherungsversuche einer Person als unangenehm empfindet,
- jemand die Berührung eines Anderen als unangenehm und/oder unangemessen empfindet,
- es einen konkreten Fall gibt, der unter die genannten Grenzüberschreitungen fällt oder eurem Ermessen nach grenzüberschreitend ist,

dann solltet ihr Euch an die Vertrauensperson wenden.

Solltet Ihr zudem mitbekommen, dass jemand auf Grund seiner/ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, finanziellen Lage, religiösen Überzeugung oder seines/ihres Geschlechts diskriminiert wird, dann meldet auch dies der Vertrauensperson.

Wir freuen uns auf eine gelungene LaKo-Party ohne Zwischenfälle, die wir alle noch lange in guter Erinnerung behalten werden.

Euer Landesvorstand

Antragsübersicht

Nr.	AMV	Antragstitel
001		DualUpdate - Liberale Vorschläge für eine moderne berufliche Bildung Landesvorstand
002		Fair Play im Fußball: Kostenbeteiligung für die Sicherung von Risikospielen Junge Liberale Berlin-Mitte
003		Austritt der Türkei aus der NATO JuLis Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau
004		Selbstbestimmt in wirklich allen Lebenslagen Junge Liberale Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
005		Kreuzchen setzen: Organspender sein! Junge Liberale Nordberlin
006		Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichtes schützen, Karenzzeit für Aktive Politikerinnen und Politiker einführen! Junge Liberale Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
007		Meinungsfreiheit schützen – auch online! Junge Liberale Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
008		Gigantischen Bundestag verhindern, Wahlrechtsreform jetzt! Junge Liberale Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
009		Anonymität ist Freiheit – Kein Verbot von Tor und Co. Junge Liberale Berlin-Mitte
010		„Rot für Kalorienbomben“ - Ampelkennzeichnung für zusammengesetzte Lebensmittel und Fertigprodukte! Junge Liberale Berlin-Mitte
011		Make European Research Great Again – Nicht allein China und den USA die Zukunft überlassen Junge Liberale Berlin-Mitte
012		„Deutsche Wohnen und Co enteignen“ – Dem Sozialismus Einhalt gebieten Junge Liberale Steglitz-Zehlendorf
013		Autonomes Fahren braucht Regeln! Junge Liberale Nordberlin
014		Tierhaltung in Zirkussen beenden Junge Liberale Nordberlin
015		Zukunft ist Zukunft: Nutzen wir die Chancen der Gentechnik. Junge Liberale Nordberlin
016		Abschleppen privatisieren! Junge Liberale Nordberlin

Seite 7

017		Berliner Parks online nehmen Junge Liberale Nordberlin
018		Lehrerausbildung würdigen - keine Quereinsteigerquote an Berliner Schulen! Junge Liberale Tempelhof-Schöneberg
019		Keine City-Maut für Berlin Junge Liberale Tempelhof-Schöneberg
020		Eine Europäische Armee – Erste Gründungsschritte Landesfachausschuss Europa, Bürgerrechte und Innen
021		Vielfältig, offen und liberal – Die Zielvereinbarungen bei den Freien Demokraten konstruktiv gestalten David Jahn, Anna Kryszan, Seyda Türk
022		Bei uns zählt Deine Persönlichkeit – Streichung des Geschlechts aus den Mitgliedsanträgen und -Verzeichnissen Dominik Znanewitz, Natalie Sapir, Kim Huy, Natalia Ruiz-Uebe, Fabian Pfeil, Tobias Bergmann
023		Nein heißt immer noch Nein! Anna Kryszan, Robert Welker, Timo Bergemann, Lars Rolle, Marie Brinkmann, Maximilian Reiter, Felicitas Engelhardt, Helena Radtke-Ruiz, Christina Turbatu

Antrag 001

Antragstitel:	DualUpdate - Liberale Vorschläge für eine moderne berufliche Bildung
Antragsteller:	Landesvorstand
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 DualUpdate - Liberale Vorschläge für eine mo- 2 derne berufliche Bildung

3 Die duale Berufsausbildung in Deutschland gilt seit langem als vorbildlich. Doch
4 das System ist lange nicht mehr so erfolgreich, wie es klingt. Eine zunehmende
5 Akademisierung drängt die duale Berufsausbildung in ein Schattendasein. Dabei
6 müssen sich Ausbildungsberufe dem Wandel unserer Zeit anpassen. Wir brau-
7 chen in Berlin und Deutschland ein Update der beruflichen Bildung.

8 Denn eine Ausbildung ist kein Abschluss zweiter Klasse, sondern ebenso viel
9 wert wie ein Studium. Denn die duale Ausbildung verringert die Jugendarbeits-
10 losigkeit in Deutschland und ermöglicht es jungen Menschen, qualifizierte Fach-
11 kräfte mit hervorragenden beruflichen Perspektiven zu werden. Das Ausbildungs-
12 system verbindet dabei Bildung und Arbeitsmarkt und sorgt für die nachhaltige
13 Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

14 Dennoch sinkt die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge, ebenso wie
15 die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen steigt. Wir Junge Liberale wollen
16 deshalb Hürden für junge Menschen vor und während der Ausbildung beseiti-
17 gen, um die Ausbildung wieder attraktiv zu machen.

18 Ein besserer Start in die Ausbildung!

19 In der Regel fällt zum Ende der Schulzeit eine Entscheidung zur künftigen Be-
20 rufswahl. Deshalb ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler bis dahin ver-
21 schiedene Optionen kennenlernen und einen breiten Überblick über die Angebo-
22 te der Berufswelt bekommen. Außerdem müssen Schülerinnen und Schüler, die
23 keine Ausbildungsreife haben, durch bedarfsgerechte Angebote unterstützt wer-
24 den. Deshalb fordern wir:

- 25 • Einstiegsangebote für nicht ausbildungsreife Schülerinnen und Schüler,
26 wie Praxisklassen und assistierte Ausbildung, sowie das Berliner Ausbil-
27 dungsmodell (BAM) zu stärken und auszubauen.
- 28 • Um die Ausbildungsbeteiligung insbesondere von Jugendlichen mit Migra-
29 tionshintergrund zu erhöhen, sollen, sofern nicht vorhanden, lokale Netz-
30 werke aus Arbeitsagenturen, Geschäftsführern, Integrationslotsen, Ausbil-

Seite 9

- 31 dungsberatern, Industrie- und Handelskammer, Vereinen sowie Bezirken in-
32 itiiert werden.
- 33 • Alle Schulen müssen verpflichtend ab Klasse 9 Berufsorientierungsange-
34 bote durchführen, die Wahl der Angebote muss aber den Schulen frei sein.
35 Alle Maßnahmen zur Berufsorientierung müssen in einen übersichtlichen
36 und verständlichen Plan für die Schulen gebündelt werden. Zudem müssen
37 die Angebote zur Berufsorientierung wissenschaftlich evaluiert und redun-
38 dante Angebote zusammengefasst werden.
 - 39 • Die Einführung von Verbleibstatistiken durch eine engere Verzahnung von
40 Jugendberufsagenturen und Schulen. Dabei soll der Datenaustausch auch
41 zurück an die Schulen gehen. Die Schulen sollen anschließend die An-
42 schlussquote und den Anschlussweg veröffentlichen.
 - 43 • Das Projekt „Ausbildungsbotschafter“ auch in Berlin zu starten und in den
44 Pflichtteil der Berufsorientierung in Berlin aufzunehmen. Zudem muss eine
45 Ausbildung bei der Berufsorientierung an Gymnasien ebenso ein Thema
46 sein wie an ISS. Ebenso soll das „Berliner Netzwerk für Ausbildung“ in das
47 Landeskonzept „Berufs- und Studienorientierung Berlin“ aufgenommen wer-
48 den.

49 **Moderne Ausbildungsstrukturen für eine er-** 50 **folgreiche Zukunft**

51 Auch wenn das deutsche Modell der dualen Berufsausbildung seit langer Zeit
52 eine Voraussetzung für den Erfolg der deutschen Wirtschaft ist, muss es in Zei-
53 ten der Digitalisierung sowie wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderun-
54 gen aktualisiert werden. In Zeiten, in denen mehr junge Menschen studieren, als
55 sich für eine Ausbildung entscheiden, brauchen wir moderne und flexible Ausbil-
56 dungsstrukturen.

57 Wir wollen Jugendliche und Betriebe bei der Berufsausbildung unterstützen und
58 streben eine bundesweite und mittelfristig europäische Modularisierung der Aus-
59 bildung in allen Ausbildungsberufen an. Dabei werden die Ausbildungsinhalte in
60 standardisierte, arbeitsmarktbezogene Kompetenzeinheiten zusammengefasst
61 und die Ausbildung in diese dadurch entstehenden Ausbildungsbausteine geglie-
62 dert. Die absolvierten Module sollen auch für weitere Ausbildungen erhalten blei-
63 ben und bei weiteren Qualifikationen anerkannt werden. So können leistungs-
64 schwache und leistungsstarke Auszubildende gleichermaßen gestärkt werden, in-
65 dem sie die Möglichkeit erhalten, die Ausbildung individuell zu gestalten und wei-
66 tere Qualifikationen zu erlernen oder ihr eigenes Lerntempo zu verfolgen.

67 Vor diesem Hintergrund müssen ebenfalls mehr Ausnahmen im Hinblick auf die
68 gesetzliche Mindestausbildungsdauer geschaffen werden. So soll eine Verkür-
69 zung der Mindestausbildungsdauer künftig leichter möglich sein, wenn sich Aus-
70 bildungsbetrieb und Auszubildende gemeinsam darauf einigen und ein Mindest-
71 standard in der Ausbildung gewahrt bleibt.

72 Gleichzeitig muss auch die betriebliche Seite der Ausbildung moderner werden.
73 In Zeiten des Fachkräftemangels ist es nicht haltbar, wenn ein Drittel aller Azubis

Seite 10

74 keinen betrieblichen Ausbildungsplan erhalten oder immer mehr Auszubildende
75 ausbildungsfremde Tätigkeiten ausüben. Wir wollen eine unabhängige Einrich-
76 tung schaffen, die als externe und interne Schlichtungsstelle bei Konflikten in der
77 Ausbildung auftreten soll. Gleichzeitig müssen Ausbildungsbetriebe eine motivie-
78 rende Ausbildungsstruktur anbieten. Auch hier Beschwerdestelle. Außerdem
79 muss die Ausbildereignungsverordnung (AEVO) hier modernisiert werden: Dem
80 Ausbildungspersonal muss eine regelmäßige Weiterbildung ermöglicht werden.
81 Um die persönliche Eignung der Ausbilder zu stärken, sollen methodisch-didakti-
82 sche und jugendpädagogische Kompetenzen in der AEVO ergänzt werden.

83 Neue, bisher nicht anerkannte Ausbildungsberufe und Ausbildungsgänge müs-
84 sen zukünftig schneller zugelassen werden. Wir wollen die Anerkennungsverfah-
85 ren beschleunigen, indem wir die öffentlichen Fachstellen mit mehr Personal aus-
86 statten und außerdem die Erprobung von Ausbildungsberufen vereinfachen, um
87 schneller zu einer Anerkennung zu gelangen.

88 **Mehr Durchlässigkeit an OSZ!**

89 Ein wichtiger Schritt, um die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu erhö-
90 hen, ist, die Durchlässigkeit der Berufsschulen bzw. Oberstufenzentren zu erhö-
91 hen. Berufsschulen und OSZ müssen umfassende Bildungs- und Ausbildungs-
92 möglichkeiten anbieten und dabei dem Prinzip eines Berufskollegs folgen. Sie
93 müssen die Möglichkeit bieten, Schulabschlüsse auf allen Qualifikationsebenen
94 zu erwerben bzw. nachzuholen und die fachgebundene oder allgemeine Hoch-
95 schulreife mit besonderem Qualifikationsprofil zu erlangen. Dafür sollen künftig
96 alle OSZ das Berufsabitur anbieten. Ziel muss sein, Schülerinnen und Schülern,
97 die das allgemeinbildende Schulwesen ohne Abschluss verlassen haben, durch
98 intensive Betreuung und Praxisbezug zu neuem Erfolg und Selbstvertrauen zu
99 verhelfen.

100 Ebenso sollen Berufsschulen künftig als europäische Schulen ausgerichtet sein.
101 Durch die Integration von europäischen Aspekten soll auch der europäische Aus-
102 tausch in der Berufsausbildung durch Erasmus+ erleichtert werden. In diesem
103 Bereich sollen, wie auch an Universitäten, Ausbildungsberater bei der Organisati-
104 on unterstützend zu Hilfe kommen. Zudem müssen die öffentlichen Förderpro-
105 gramme ausgebaut und mehr Vollfinanzierungsmodelle geschaffen werden.

106 Wir wollen einen Spurwechsel sowohl ins Studium als auch in die Ausbildung
107 ermöglichen. Viel zu häufig wird ein Wechsel zwischen Hochschule und Ausbil-
108 dung eindimensional betrachtet. Notwendig ist jedoch eine wechselseitige Aner-
109 kennung von Qualifikationen in Studium und Ausbildung. Dadurch schaffen wir
110 bessere Perspektiven für Studienabbrecher oder Auszubildende, die auf ihren er-
111 lernten Fähigkeiten aufbauen können und so ihre Ausbildung oder ihr Studium
112 verkürzen können.

113 Ebenso fordern wir, dass Menschen, die seit längerer Zeit in einem Betrieb oh-
114 ne Berufsausbildung gearbeitet haben, einen Ausbildungsabschluss in einem ver-
115 kürzten, teilweise berufsbegleitenden Modell erlangen können.

116 **Lebensverhältnisse von Auszubildenden ver-**
117 **bessern**

118 Neben den fachlichen, schulischen und betrieblichen Verbesserungen der Aus-
119 bildung müssen auch die Lebensbedingungen der Auszubildenden verbessert
120 werden. Hierzu gehören vor allem eine Verbesserung der Mobilität, der Wohnsi-
121 tuation und damit der Eigenverantwortung, wie auch der Repräsentation. Aus
122 diesen Gründen fordern wir:

- 123 • Um die Themen von Auszubildenden stärker zu vertreten, muss die Ju-
124 gend- und Ausbildungsvertretung gestärkt werden.
- 125 • In Berlin müssen Ausbildungswohnheime (sog. Wohncampus) gebaut wer-
126 den. Ausbildungswohnheime sollen Auszubildenden und Studierenden glei-
127 chermaßen zur Verfügung stehen. Bestehende Studentenwohnheime sollen
128 auch für Auszubildende geöffnet werden. Eine Bauoffensive schafft bezahl-
129 baren Wohnraum für alle junge Erwachsenen in Ausbildung, Ausbildungs-
130 wohnheime schaffen ein gemeinsames Miteinander.
- 131 • Das Studierendenwerk muss zu einem Studierenden- und Auszubilden-
132 denwerk reformiert werden, das etwa die Verwaltung der Wohnheime über-
133 nimmt oder die Beantragung von Leistungen nach dem BAföG unterstützt.
- 134 • Ein Azubi-Ticket für den ÖPNV vergleichbar mit dem Semesterticket, das
135 den Preis für Nahverkehr erheblich senkt. Genauso müssen öffentliche Ein-
136 richtungen, wenn Vergünstigungen für Schüler oder Studenten angeboten
137 werden, auch stets eine Vergünstigung für Azubis anbieten.
- 138 • Die finanzielle Grundlage von Auszubildenden besser zu sichern. Dafür
139 wollen wir das Schüler-BAföG und die Berufsausbildungsbeihilfe mit dem
140 generellen BAföG harmonisieren und so an die steigenden Lebenshaltungs-
141 kosten anpassen.
- 142 • Die Mittel für Stipendienprogramme müssen erhöht werden. Die Angebote
143 müssen dabei nicht nur für Studium und Promotion, sondern auch für Aus-
144 bildungen geöffnet werden. Das Begabtenförderungswerk berufliche Bil-
145 dung soll daher besser ausgestattet und die Förderungsstrukturen für priva-
146 te Stiftungen attraktiver gemacht werden. Mittelfristig wollen wir die Begab-
147 tenförderung für Studenten und Auszubildende verbinden.
- 148 • Im Gesundheitswesen ist auf eine einheitliche Zahlung der Ausbildungs-
149 vergütung zu achten und das Entrichten von Schulgeld (durch den Schüler)
150 abzuschaffen.

151 **Betriebe und Auszubildende stärker unterstüt-**
152 **zen**

153 Während sich in den vergangenen Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze in
154 Berlin stetig erhöht hat, sinkt die Zahl der Bewerber für Ausbildungsplätze immer
155 weiter. Genauso steigt aber die Zahl der nicht besetzten Ausbildungsplätze seit
156 Jahren immer weiter an. In Berlin bleiben mittlerweile über 1200 Plätze frei.

Seite 12

157 Dies hat bei vielen Betrieben dazu geführt, selbst mehr Verantwortung bei der
158 Qualifikation von Jugendlichen zu übernehmen. Diese Anstrengungen müssen,
159 gerade in Anbetracht der Kosten einer Ausbildung für Betriebe, stärker unter-
160 stützt werden. Deshalb wollen wir Betriebe, die innbetriebliche Hilfs- und Unter-
161 stützungsangebote anbieten, durch Förderprogramme unterstützen. Angebote,
162 wie die betriebliche Einstiegsqualifizierung, müssen stärker durch die Bundes-
163 agentur für Arbeit an kleine und mittlere Unternehmen herangetragen werden,
164 sodass auch sie davon profitieren können. Künftig soll beim Berliner Ausbildungs-
165 modell auch eine vollständige Kostenübernahme des ersten Ausbildungsjahrs
166 möglich sein, um die Ausbildungschancen aller Jugendlichen zu erhöhen. Zudem
167 fordern wir, dass alle Unterstützungsangebote mit einer solchen Zielrichtung eva-
168 luiert und fehlgehende Programme beendet werden.

169 **Gute Ausbildungsbedingungen sicherstellen**

170 Wir setzen uns für faire Ausbildungsbedingungen in der Ausbildung ein. Dafür
171 braucht es attraktive Arbeitsbedingungen, flexible und familienfreundliche Ar-
172beitszeiten, Ausbildungsverbünde mit mehreren Unternehmen und eine angemese-
173 sene Vergütung. Diese Ausbildungsbedingungen sollten nicht nur von privaten
174 Unternehmen, sondern auch vom Staat als Ausbilder garantiert werden. So muss
175 etwa die Teilzeit-Ausbildung für Alleinerziehende erleichtert werden und Teil der
176 assistierten Ausbildung werden. Ein weiteres Augenmerk soll auf die Vereinbar-
177 keit von Beruf und Familie gelegt werden, indem Regelungen zur Möglichkeit der
178 Teilzeitausbildung in den Ausbildungsgesetzen der Berufe implementiert werden.
179 Eine Teilzeitausbildung soll, auch aufgrund der verlängerten Ausbildungszeit, da-
180 bei nur in Absprache mit dem Ausbildungsbetrieb möglich sein.

181 Unbezahlte Überstunden oder ausbildungsfremde Tätigkeiten sind kein Teil der
182 Ausbildung und fördern nicht die Attraktivität. Wir fordern Regelungen für Unter-
183 nehmen und Sozialpartner, die allgemeine Qualitäts- und Mindeststandards fest-
184 legen. Die Kammern müssen bei Fehlverhalten konsequenter agieren und sank-
185 tionieren. Außerdem fordern wir eine Ankündigungspflicht bei Nichtübernahme
186 nach der Ausbildung, mindestens drei Monate vor dem Ende der Ausbildung, so-
187 fern durch die Übernahme keine unbillige Härte entstehen.

188 **Vollzeitschulische Berufsausbildung vs. Duale** 189 **Ausbildung**

190 Wir Junge Liberale stehen für Vielfalt. Je nach Vorqualifikation und Situation
191 sowie Berufswunsch kann duale aber auch vollzeitschulische Ausbildung sinnvoll
192 sein. Oftmals ergibt sich jedoch ein Missverhältnis. Einige vollzeitschulische Aus-
193 bildungsgänge bilden am Markt vorbei aus und bieten im Anschluss nur eine
194 schlechte Berufsperspektive. Vollzeitschulische Ausbildungsgänge dürfen nicht
195 am Arbeitsmarkt vorbei ausbilden. Aus diesen Gründen fordern wir eine Über-
196 prüfung von derzeit vollzeitschulischen Ausbildungsformen und gegebenenfalls
197 die Überführung in das duale Ausbildungssystem.

198 **Eine bessere Berufsschule für Auszubildende**

199 Kaum eine Schule hat derart diverse Klassen wie ein Oberstufenzentrum. Kaum
200 eine Schule muss so direkt auf den Arbeitsmarkt vorbereiten.

201 Um Schülerinnen und Schüler besser zu betreuen, bedarf es individueller Förde-
202 rung. Alle Oberstufenzentren brauchen daher eine dauerhafte Ausstattung mit
203 Planstellen von Sozialpädagogen und Schulpsychologen, die Lehrer und Schüler
204 unterstützen.

205 Gleichzeitig müssen die Berliner Oberstufenzentren besser ausgestattet werden.
206 Einem Sanierungsbedarf von über 350 Mio. Euro steht lediglich eine Finanzie-
207 rung von Baumaßnahmen in Höhe von 275 Mio. Euro gegenüber. Eine solche
208 Vernachlässigung der beruflichen Schulen muss endlich beendet werden. Des-
209 halb fordern wir Junge Liberale Berlin, dass die notwenige finanzielle Ausstat-
210 tung vom Senat bereitgestellt wird. Gerade in Anbetracht der zweithöchsten Aus-
211 gaben für beruflicher Bildung pro Kopf aller Bundesländer zeigt sich, dass die
212 vorhandenen Mittel besser eingesetzt werden müssen. Durch eine Reduzierung
213 der vollzeitschulischen Ausbildungsgänge schaffen wir Spielraum für die Verbes-
214 serung der Strukturen in Berlin.

215 Um die Ausstattung der Berufsschulen auf einem aktuellen Stand zu halten,
216 wäre ein regelmäßiger Austausch notwendig. Vielfach werden diese Anforderun-
217 gen jedoch um Jahre überschritten. Auch hier brauchen wir mehr finanzielles
218 Engagement für die Oberstufenzentren. Wir setzen uns für freiwillige Ausbil-
219 dungspakte zwischen Politik, Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften ein,
220 bei denen sich die Teilnehmer finanziell an der Erneuerung von technischen Ge-
221 räten beteiligen.

222 In den kommenden Jahren werden Tausende Berufsschullehrer in ganz
223 Deutschland in Pension gehen. Eine Unterversorgung von Lehrkräften und
224 schlechtere Betreuungsschlüssel sind absehbar. Wir fordern daher eine Erhö-
225 hung der Studienplätze an den Berliner Universitäten und spezielle Stipendien
226 für Studenten, die sich verpflichten, im Anschluss eine gewisse Zeit als Berufs-
227 schullehrer in Berlin zu arbeiten. Ebenso muss zu einer Erhöhung der Bezahlung
228 und zu besseren Aufstiegschancen bei Berufsschullehrern kommen. Gerade Leh-
229 rer für Fachpraxis sollten bei steigenden Leitungsaufgaben eine bessere Bezah-
230 lung erhalten.

231 *Alternative 1:*

232 *Trotz der erheblichen Investitionszwänge sprechen wir uns gegen (nachgelagerte)*
233 *Ausbildungsgebühren aus und fordern Gebührenfreiheit für alle Ausbildungsgän-*
234 *ge. Gerade in Anbetracht des Fachkräftemangels und der sinkenden Zahl von*
235 *Auszubildenden sind Ausbildungsgebühren nicht angebracht.*

236 *Alternative 2:*

237 *Aufgrund des erheblichen Investitionsbedarfs an Berufsschulen sprechen sich die*
238 *Jungen Liberalen Berlin dafür aus, dass Berufsschulen genau wie Universitäten*
239 *nachgelagerte Schulgebühren einführen.*

240 **Auf dem Weg zur digitalen Lehrstelle**

241 Unsere Welt befindet sich im digitalen Wandel. Das Arbeitsumfeld der kommen-
242 den Generation stellt Anforderungen, die nur unzureichend in der Berufsschule
243 abgebildet werden. Ein Überblick in Berlin zeigt, dass 93 Prozent der Oberstu-
244 fenzentren nicht über Breitbandinternet verfügen und über 79 Prozent kein
245 WLAN haben. Nach Angaben der IHK können teilweise keine Prüfungen abge-
246 legt werden, weil Verbindungen abbrechen oder schon nicht gestartet werden
247 können.

248 Um die Berufsschulen Berlins in das digitale Zeitalter zu befördern, braucht es
249 zunächst die grundlegende Infrastruktur. Größte Priorität hat der durchgehende
250 Ausbau von Breitband und flächendeckendes WLAN an den Oberstufenzentren.
251 Ebenso fordern wir eine Integration von Oberstufenzentren an das Eduro-
252 am-Netzwerk. Daneben müssen Klassenräume standardmäßig so ausgestattet
253 werden, dass ein digitaler Unterricht möglich ist. Die Auszubildenden müssen mit
254 persönlichen elektronischen Geräten ausgestattet werden. Die Oberstufenzentren
255 müssen dabei selbst festlegen, ob sie Tablets, Laptops oder eine
256 „Bring-Your-Own-Device“-Strategie nutzen. Außerdem müssen nach Vorbild des
257 „Digital.Learning.Lab“ vom Senat eine Online-Toolbox für Lehrkräfte entwickelt
258 werden, die von Lehrkräften für digitale Lernmethoden genutzt werden kann.

259 Um die Vermittlung von Digitalkompetenzen zu ermöglichen, müssen Berufs-
260 schullehrer selbst Kompetenzen in diesem Bereich erlangen. Wir fordern den
261 verpflichtenden Besuch von Fortbildungsveranstaltungen zu Digitalthemen von
262 allen Lehrkräften. Digitale Pädagogik muss zudem Teil der Berufsschullehreraus-
263 bildung an Universitäten werden.

264 Gleichzeitig müssen in alle Ausbildungsordnungen digitale Kompetenzen aufge-
265 nommen und neue Ausbildungsberufe geschaffen werden, die den Anforderun-
266 gen eines digitalen Arbeitsmarktes entsprechen.

267

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 002

Antragstitel:	Fair Play im Fußball: Kostenbeteiligung für die Sicherung von Risikospielen
Antragsteller:	Junge Liberale Berlin-Mitte
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Fair Play im Fußball: Kostenbeteiligung für die**
2 **Sicherung von Risikospielen**

3 Die Jungen Liberalen Berlin fordern, dass die Deutsche Fußball-Liga (DFL) an
4 den Kosten für Polizeieinsätze in der ersten und zweiten Bundesliga in ange-
5 messener Form beteiligt werden soll.

6 Die Wirtschaftlichkeit kommerziellen Fußballs soll weiterhin gewährleistet sein.

7

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 003

Antragstitel:	Austritt der Türkei aus der NATO
Antragsteller:	Junge Liberale Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Austritt der Türkei aus der NATO**

2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern den Austritt der Türkei aus dem Werte- und
3 Verteidigungsbündnis NATO.

4

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antragstitel:	Selbstbestimmt in wirklich allen Lebenslagen
Antragsteller:	Junge Liberale Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Selbstbestimmt in wirklich allen Lebenslagen**

2 I. Präambel

3 Für Liberale steht das Prinzip der Selbstbestimmung über das eigene Leben und
4 den eigenen Körper an oberster Stelle. Solange nicht in die Freiheit eines ande-
5 ren eingegriffen wird wehren wir uns daher vehement gegen staatliche Einmi-
6 schung und Bevormundung.

7 Dieses Prinzip gilt umso mehr in Ausnahmesituationen wie den Grenzbereichen
8 des Lebens. Wir kämpfen daher für Selbstbestimmung in wirklich alles Lebensla-
9 gen, bis hin zum eigenen Tod.

10 II. Wahlfreiheit auch am Ende des Lebens

11 Aus der humanistischen Tradition und der Grundkonzeption unseres Grundgeset-
12 zes bekennen wir uns selbstverständlich zur Menschenwürde und dem Recht auf
13 Leben. Jeder Mensch, unabhängig von seinem Alter, der prognostizierten Le-
14 benserwartung und der Lebensqualität hat einen Anspruch auf Fürsorge und den
15 Schutz seines Lebens.

16 Trotz medizinischen Fortschrittes sind viele Krankheiten bis heute nicht heilbar,
17 die Behandlungsmöglichkeiten beschränken sich auf Schmerztherapie, das Min-
18 dern von Ängsten, Übelkeit und Atemnot. Gerade im Bereich der Palliativmedizin
19 und der Geriatrie wurden in den vergangenen Jahren dabei enorme Fortschritte
20 erzielt, ein schmerzfreies Sterben ist heute vielfach möglich. Als Liberale erken-
21 nen wir jedoch auch an, dass nicht jeder Patient und jede Patientin diese Mög-
22 lichkeiten für sich nutzen will. Zwar besteht zweifelsohne ein absolutes Recht auf
23 Leben, eine Lebenspflicht lehnen wir jedoch entschieden ab!

24 Wir erkennen daher das Recht von Menschen an ihrem Leben in Folge einer
25 schweren und unheilbaren Erkrankung selbstbestimmt ein Ende zu setzen. Aus
26 diesem Grund fordern wir:

27 1. Straffreiheit für jede Form der eigenverantwortlichen Selbsttötung

28 Die Strafbarkeit Dritter für die Beteiligung an einem Suizid ist auf ein Minimum zu
29 begrenzen. Eine solche kommt für uns lediglich in Fällen in Betracht, in denen
30 die Autonomie der Suizidenten ausgeschlossen ist. Eine Strafbarkeit wegen ei-

Seite 18

31 nes Vorsätzlichen Tötungsdeliktes in mittelbarer Täterschaft in Folge eines Auto-
32 nomieverlustes und damit ein Ausschluss der Selbstverantwortlichkeit kommt für
33 uns daher lediglich bei Personen unter 14 Jahren (§19 StGB), sowie in einem
34 Zustand, der Schuldunfähigkeit im Sinne der §§ 20, 35 StGB in Betracht. Wir
35 fordern den Gesetzgeber daher dazu auf, für eine entsprechende Klarstellung zu
36 sorgen.

37 Suizid ist im deutschen Recht, seit dem Jahre 1871 straffrei, daraus ergab sich
38 bis in das Jahr 2015 völlig selbstverständlich auch die Straffreiheit der Gelegen-
39 heitsverschaffung sowie der Teilnahme am Suizid. Durch die Einführung des
40 Straftatbestandes der „Geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ nach
41 §217 StGB wurde diese Selbstverständlichkeit aufgegeben, Mithin ist nun das
42 Verschaffen der Möglichkeit, wie etwa das zur Verfügung stellen tödlicher Medi-
43 kamente oder Gegenstände unter bestimmten Bedingungen strafbar. Bestraft
44 wird damit die Beihilfe zu einem Verhalten, dass als solches bereits nicht den
45 Tatbestand eines Strafgesetzes erfüllt und sich ausschließlich gegen die eigene
46 Person richtet. Ein solches intrapersonales Verhalten stellt bereits kein Unrecht
47 im Sinne des Strafrechtes dar, nötig für eine Beihilfestrafbarkeit wäre jedoch ein
48 interpersonales und damit ein Unrecht begründendes Verhältnis. Die Vorschrift
49 des §217 StGB verfolgt in so Weit bereits kein Unrecht und folglich keinen legiti-
50 men Zweck, sie ist daher verfassungswidrig und unverzüglich wieder abzuschaf-
51 fen.

52 Die Konstruktion einer Strafbarkeit durch strafbares Unterlassen in Fällen der
53 Sterbehilfe lehnen wir ebenfalls ab. Nach der von der Rechtsprechung vertrete-
54 nen sogenannten Lehre vom Tatherrschaftswechsel, nach der in Fällen der Ster-
55 behilfe eine vorsätzliche Tötung durch Unterlassen in dem Moment vorliegen soll,
56 in dem ein Suizident das Bewusstsein verliert und ein dabei anwesender Garant
57 keine Rettungsmaßnahmen einleitet. Eine Garantenstellung ergibt sich dabei re-
58 gelmäßig entweder aus Verwandtschaft oder Ingerenz, sofern der Täter das Tat-
59 werkzeug (wie tödliche Medikamente) zur Verfügung stellt. In der Praxis führt
60 diese Rechtsprechung jedoch zu zwei Umgehungsphänomenen, um einer Straf-
61 barkeit zu entgehen. Einerseits werden solche Suizide nunmehr alleine, ohne
62 Begleitung und Betreuung durch Angehörige, Freunde oder Fachpersonal began-
63 gen. Andererseits werden für die Tötung häufig schnell wirkende und damit nicht
64 mehr revidierbare Medikamente verwendet, so dass eine den Todeseintritt ver-
65 hindernde Intervention in jedem Fall unmöglich ist. Diese Arten der Selbsttötung
66 gehen jedoch häufig ebenfalls mit starken körperlichen Qualen einher und sind
67 als solche den Suizidenten nicht zumutbar. Wir fordern daher den Gesetzgeber
68 auf die derzeitige unhaltbare und unmenschliche Rechtslage zu korrigieren und
69 Sterbewilligen damit nicht weiter vor die Wahl des alleinigen oder qualvollen
70 Sterbens zu stellen.

71 2. Ende der Kriminalisierung der einverständlichen und eigenverantwortlichen
72 Fremdtötung

73 Völlig zu Recht stellt das Strafrecht in den §§211ff. StGB das Rechtsgut des Le-
74 bens unter den schärfsten Schutz des Staates. Dieser Schutz reicht jedoch bis
75 hin zum Verbot der Einwilligung in eine Fremdtötung, §216 StGB billigt im Falle

Seite 19

76 einer ausdrücklichen und ernsthaften Tötungsverlangens dem Tötenden lediglich
77 eine Privilegierung in Form eines geringeren Strafrahmens, im Vergleich zu Mord
78 und Totschlag nach §§211, 212 StGB zu. Die Strafbarkeit als solche bleibt damit
79 unberührt. Damit ist es in Deutschland faktisch nicht möglich selbst bei einer ra-
80 tional nachvollziehbaren, weder krankhaft bedingten noch unter Willensmängeln
81 leidenden Entscheidung durch einen anderen Menschen getötet zu werden, ohne
82 dass dieser sich dadurch strafbar macht. Insbesondere Menschen, die körperlich
83 nicht mehr in der Lage dazu sind sich selbst zu töten, beispielsweise aufgrund
84 fortgeschrittener Lähmungen (etwa Tetraplegie) haben damit keinerlei rechtmäßi-
85 ge Chance auf ein selbstbestimmtes Lebensende. Vielmehr kann das Weiterle-
86 ben für Betroffene zur verpflichtenden Qual werden. Beispielhaft zeigte dies et-
87 wa der bekannte Fall der Britin Diane Pretty, diese war in Folge der Erkrankung
88 an Amyotrophe Lateralsklerose (ALS) nicht mehr in der Lage sich selbst das Le-
89 ben zu nehmen und war daher dazu verdammt entgegen ihrem ausdrücklichen
90 Verlangen den natürlichen Erstickungstod zu erleiden. Für uns Liberale ist dabei
91 das Strafrecht kein Mittel zur Durchsetzung moralischer oder gesellschaftlicher
92 Normen, vielmehr ist der strafrechtliche Schutz erst geboten, wenn in die Rechte
93 anderer eingegriffen wird. Eine religiös begründete Lebens- und Leidenspflicht im
94 Sinne einer moraltheologischen Ethik lehnen wir daher strikt ab, die vor allem im
95 Christentum verbreitete Ächtung der Selbsttötung darf für uns in einem säkularen
96 Staat nicht der Maßstab sein.

97 Daher ist der §216 StGB ersatzlos zu streichen, §228, der die Grenzen der Mög-
98 lichkeit einer Einwilligung in eine Körperverletzung regelt ist ebenfalls abzuschaf-
99 fen. Statt dessen sollen die Voraussetzungen für eine rechtfertigende Einwilli-
100 gung im Allgemeinen Teil des StGB kodifiziert werden, durch die explizit auch die
101 Einwilligung in eine Fremdtötung ermöglicht wird.

102 3. Verpflichtung des Staates zur Bereitstellung tödlicher Medikamente in Extrem-
103 fällen

104 Am 2.3.2017 stellte das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) rechtskräftig und
105 letztinstanzlich die Pflicht des Staates fest, Bürgerinnen und Bürgern in Extrem-
106 fällen Zugang zu Betäubungsmitteln zu verschaffen, welche eine schmerzlose
107 Selbsttötung ermöglichen (BVerwG Urteil v. 2. März 2017, Az. 3 C 19.15). Damit
108 erkannte das BVerwG an, dass Betroffenen nicht das Aushalten sogenannter
109 Vernichtungsschmerzen zugemutet werden kann, sondern sich aus der Men-
110 schenwürde diese Schutzpflicht des Staates ableitet. In der Folge erklärte der da-
111 malige Bundesminister für Gesundheit Herrmann Gröhe, er werde „alles tun“ um
112 die Umsetzung dieses Urteils zu verhindern. Nach seinem Amtsantritt erklärte der
113 neuen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, auch er werde das Urteil nicht
114 umsetzen. Stattdessen wies Spahn einen ihm weisungsgebundenen Staatssekre-
115 tär und dieser das dem BMG unterstehende Bundesinstitut für Arzneimittel und
116 Medizinprodukte (BfArM) an jegliche auf das Urteil gestützte Anträge zu versa-
117 gen. In Folge dieser Anweisung wurden durch das BfArM seit 2017 deutlich über
118 100 gestellte Anträge gar nicht beschieden, nicht wenige davon haben sich
119 durch den zwischenzeitlich eingetretenen Tod der Patientinnen und Patienten er-
120 ledigt. Damit entzieht sich Bundesminister Spahn, sowie das BMG der Bindung
121 der Verwaltung an Gesetz und Recht aus Art. 20 GG. Zwischenzeitlich liegt auf-

Seite 20

122 grund dieses Verhaltens gegen Jens Spahn auch eine Strafanzeige durch den
123 Sterbehilfeverein DIGNITAS vor. Die durch das BMG und das BfArM praktizierte
124 Verzögerungstaktik und die Hoffnung die Fälle würden sich durch natürlichen Tod
125 oder das In Anspruch nehmen von Sterbehilfe beispielsweise in der Schweiz von
126 selbst erledigen verurteilen die Jungen Liberalen Berlin auf das aller schärfste.
127 Ein Merkmal eines Rechtsstaates ist die Trennung der Gewalten, sowie die Ach-
128 tung und der Respekt vor den Entscheidungen von Gerichten, unabhängig der
129 persönlichen politischen, religiösen oder juristischen Überzeugung. Menschen die
130 sich in einer absoluten Notlage befinden dürfen nicht zum Spielball der Politik
131 und persönlicher moralischer Ansichten konservativer Politiker werden. Die Jun-
132 gen Liberalen Berlin fordern den aktuellen Bundesminister für Gesundheit daher
133 eindringlich auf, das Urteil des BVerwG unverzüglich umzusetzen und die von
134 ihm erteilte Weisung, wonach entsprechende Anträge negativ zu bescheiden sei-
135 en auf zu heben. Weiterhin muss auf eine schnelle Bearbeitung der bereits be-
136 stehenden, sowie neuer Anträge hingewirkt werden, gerade unheilbar kranken
137 und unter Qualen leidenden Menschen darf dieser Zustand nicht weiter als unbe-
138 dingt notwendig zugemutet werden. Ein weiteres Zuwarten bis zum Vorliegen ei-
139 ner Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in mehreren anhängigen Ver-
140 fahren zur Verfassungskonformität des §217 StGB lehnen wir entschieden ab.
141 Hierdurch verlängert sich die Dauer der Hoffnung und des Bangens der Betroffe-
142 nen weiter, es ist davon auszugehen, dass bis zu dieser Entscheidung weitere
143 Betroffene unter Qualen versterben und damit in ihrer Menschenwürde verletzt
144 werden.

145 Die Bundesregierung fordern wir dazu auf, einen umfassenden Gesetzesentwurf
146 vorzulegen, durch den das genannte Urteil schnellstmöglich umgesetzt und Wer-
147 tungswidersprüche des materiellen Rechtes korrigiert werden können.

148

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 005

Antragstitel:	Kreuzchen setzen: Organspender sein!
Antragsteller:	Junge Liberale Nordberlin
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 Kreuzchen setzen: Organspender sein!

2 Laut der Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) befinden sich derzeit
3 10.000 schwerkranke Patienten auf der Warteliste für ein Spenderorgan.
4 Durchschnittlich sollen 3 Menschen pro Tag auf einem Platz auf der Warteliste
5 aufgrund eines Mangels an Spenderorganen, im Besonderen von Nieren, ster-
6 ben. Zwar besitzen bereits 32 Prozent der Deutschen laut einer Umfrage der
7 Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA) einen Spenderausweis,
8 aber die Organspendezahlen in Deutschland sind so niedrig wie noch nie zuvor.

9 Die Jungen Liberalen Berlin fordern daher die Ersetzung der klassischen „Ent-
10 scheidungslösung“ in dem Transplantationsgesetz (TxRegG) im Sinne einer er-
11 weiterten Entscheidungslösung, welche die bisherigen Entscheidungslösungen ei-
12 nes Organspendeausweises beinhaltet. Diese beinhaltet, dass jede deutsche
13 Staatsbürgerin oder jeder deutscher Staatsbürger mit dem 18. Geburtstag dazu
14 aufgefordert wird dem Transplantationsregister mitzuteilen, ob diese oder dieser
15 Organspender/-in bzw. Gewebespender/-in sein möchte. Hat eine Person keine
16 Entscheidung getroffen, so greift die Widerspruchslösung.

17 Eine Widerspruchslösung lehnen wir ab, da in diesem Falle der Staat maßregelt-
18 welche beider Optionen die ethisch zu vertretene Position ist. Außerdem sorgt
19 auch diese nicht dafür, dass sich die Krankenkassenkundinnen und -kunden
20 sich aktiv mit dem Thema der Organspende auseinandersetzen.

21 Dafür sollen die gesetzlichen Krankenkassen, wie auch die privaten Krankenkas-
22 senunternehmen, wie bisher seit 2012 auch, neutrale Informationen zu der Or-
23 ganspende auf Nachfrage bereitstellen. Zusätzlich sollen alle Krankenkassenmit-
24 glieder zu ihrem 18. und 50. Geburtstag umfassend informiert werden.

25 Die Entscheidung wird dabei in einem zu schaffenden Transplantationsregister
26 anonymisiert gespeichert. Bei Krankenkassenpatienten wird die Entscheidung
27 ebenfalls auf der Krankenkassenkarte gespeichert.

28 Eine weitergehende Änderung für Lebendorganspenden sehen die Jungen Libe-
29 ralen Berlin nicht vor. Zur weiteren Verbesserung des Transplantations-systems
30 in Deutschland ist außerdem die Vergütung einer Transplantation anzuhängen, so-
31 wie mehr Stellen für die Verwaltung und Vergabe zu schaffen. Die bisherige Fi-
32 nanzierung und personelle Ausstattung verhindert die effiziente und schnelle

Seite 22

33 Transplantation. Auch die Finanzierung des Betreuungszeitraums der potenziel-
34 len Organspender bis zur Feststellung des Hirntods der Spender ist sicherzustel-
35 len, da das Angebot von Transplantationen andernfalls ein finanzieller Verlust für
36 eine Klinik bedeuten kann.

37

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 006

Antragstitel:	Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichtes schützen, Karenzzeit für Aktive Politikerinnen und Politiker einführen!
Antragsteller:	Junge Liberale Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichtes**
2 **schützen, Karenzzeit für Aktive Politikerinnen**
3 **und Politiker einführen!**

4 Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) genießt als höchstes Deutsches Ge-
5 richt und Hüterin der Verfassung gesellschaftlich hohes Ansehen und steht nicht
6 nur symbolisch für die Unabhängigkeit der Justiz.

7 Zunehmend gerät diese notwendige Unabhängigkeit jedoch unter Druck, Urteile
8 werden durch die Politik teilweise scharf kritisiert, es werden besonders parteina-
9 he oder einer bestimmten politischen Strömung entsprechende Richterinnen und
10 Richter gesucht oder es wird über die Beschränkung der Rechte des BVerfG dis-
11 kutiert. Diese Entwicklungen gefährden dabei die Neutralität des Gerichtes und
12 sind daher unverzüglich zu unterbinden.

13 Insbesondere die wiederholte Wahl aktiver (Unions-) Politiker zu Richtern des
14 Bundesverfassungsgerichtes sehen wir kritisch. So wurden in den vergangenen
15 Jahren mit Prof. Stefan Harbarth, Prof. Peter Huber und Peter Müller ein aktiver
16 CDU Bundestagsabgeordneter, Ministerpräsident und Landesminister als Richter
17 gewählt. Besonders, dass diese Richter nach ihrer Wahl häufig über die Verfas-
18 sungskonformität von Gesetzen entscheiden müssen, die sie zuvor selbst mitver-
19 handelt haben, lässt dabei Zweifel an der Unabhängigkeit des Gerichtes aufkom-
20 men. Die daraus erwartbar hervorgehende steigende Zahl an Befangenheitsan-
21 trägen gefährdet die Funktionalität des Gerichtes.

22 Die Jungen Liberalen Berlin kritisieren daher die zunehmende Fokussierung auf
23 parteinähe bei der Auswahl von Richterinnen und Richtern scharf. Insbesondere
24 erachten wir die Zustimmung der FDP Fraktion im Deutschen Bundestag zur
25 Wahl des Bundestagsabgeordneten Prof. Stefan Harbarth als kritisch. Daher for-
26 dern wir die Einführung wirksamer Karenzzeiten für aktive Politikerinnen und Po-
27 litiker vor der Wahl als Bundesverfassungsrichter oder Bundesverfassungsrichte-
28 rin. Regierungsmitglieder des Bundes und der Länder dürfen dabei erst nach Ab-
29 lauf von 5, politische Beamte nach 3 und Abgeordnete des Bundestages oder
30 der Landtage nach 2 Jahren zum Verfassungsrichter gewählt werden.

Seite 24

31 Weiterhin befürworten wir die Aufnahme der bisher einfachgesetzlich geregelten
32 Wahlmodalitäten, wie insbesondere des Erfordernisses einer 2/3 Mehrheit zur
33 Wahl, den Ausschluss der Wiederwahl und der Amtsdauer von 12 Jahren in das
34 Grundgesetz. Das Mindestalter von 40 Jahren zur Wahl soll in diesem Zusam-
35 menhang abgeschafft werden.

36

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 007

Antragstitel:	Meinungsfreiheit schützen – auch online!
Antragsteller:	Junge Liberale Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 Meinungsfreiheit schützen – auch online!

2 Die Meinungs- und Pressefreiheit stellt einen der konstitutiven Grundpfeiler einer
3 freiheitlichen Demokratie dar. Möglichst objektive Berichterstattung durch die, zu-
4 treffend als 4. Gewalt bezeichneten, Medien ist jedoch ebenfalls Voraussetzung
5 für den funktionierenden Meinungspluralismus. Um die Grundsätze objektiven
6 Journalismus zu schützen besteht seit 1956 der Deutsche Presserat, durch den
7 die Einhaltung des Pressekodexes kontrolliert und ggf. Sanktionen verhängt wer-
8 den.

9 Im Jahr 2019 ist der Presserat bei dieser Arbeit jedoch noch immer auf die
10 Kontrolle von Printmedien und Printmedien mit Online-Präsenz beschränkt, ob-
11 wohl insbesondere Blocs und Enzyklopädieseiten zum Teil enormen Einfluss auf
12 die Mehrheitsmeinung haben. Teilweise wird die fehlende Kontrolle der Einhal-
13 tung journalistischer Regeln hierbei für kriminelle, populistische und/oder mei-
14 nungsunterdrückende Kampagnen ausgenutzt. Statt auf Mittel der Zensur durch
15 Plattformbetreiber, wie das NetzDG oder Uploadfilter setzen wir uns für klare
16 Rahmenbedingungen und die nachträgliche Überprüfung durch unabhängige In-
17 stitutionen ein.

18 Wir fordern daher:

- 19 1. Die Aufnahme der Bezeichnung als Journalistin oder Journalist in die Liste
20 der geschützten Berufe. Zur Berechtigung sich Journalistin oder Journalist
21 nennen zu dürfen bedarf es eines klaren Bekenntnisses zur Einhaltung al-
22 ler presserechtlichen Sorgfaltspflichten.
- 23 2. Die Umwandlung des Presserates in einen Medienrat, um die sich immer
24 wieder weiterentwickelnden und innovativen Formen des Online-Journalis-
25 mus erfassen zu können.
- 26 3. Die Verpflichtung von Plattformbetreibern Beiträge entweder als objektives
27 Wissen oder Form der Meinungsäußerung zu kennzeichnen.

28

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 008

Antragstitel:	Gigantischen Bundestag verhindern, Wahlrechtsreform jetzt!
Antragsteller:	Junge Liberale Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Gigantischen Bundestag verhindern, Wahl-**
2 **rechtsreform jetzt!**

3 Mit 709 Abgeordneten ist der 19. Deutsche Bundestag der größte Bundestag al-
4 ler Zeiten. Durch das sich immer stärker ausdifferenzierende Parteienspektrum
5 und die Ausgestaltung des aktuellen Wahlrechtes wird die gesetzliche Zahl der
6 Mandate von 598 weit überschritten. Prognosen halten einen Anstieg der Man-
7 datszahl auf bis zu 900 für realistisch.

8 Eine solche Vergrößerung führt weder zu stärkerer demokratischer Partizipation
9 der Bevölkerung, noch zu besser abgewogenen Entscheidungen. Vielmehr wird
10 die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes gefährdet und Prozesse verlangsamt. Eine
11 durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages eingesetzte Arbeitsgruppe,
12 die Vorschläge zur Reform des Wahlrechtes vorlegen sollten ist letztlich am Wi-
13 derstand der CDU/CSU gescheitert. Die Jungen Liberalen Berlin kritisieren den
14 Abbruch der Gespräche scharf. Durch das selbstsüchtige und verantwortungslo-
15 se Verhalten der Union wird der Demokratie in Deutschland ein Bärendienst er-
16 wiesen

17 Die Jungen Liberalen Berlin fordern die FDP Fraktion im Deutschen Bundestag
18 daher auf:

- 19 1. Keiner Änderung des Wahlrechtes zuzustimmen, durch die das Verhältnis-
20 wahlrecht in seiner Substanz verändert wird, wie etwa der Einführung einer
21 verfassungsrechtlichen Höchstzahl der Mandate.
- 22 2. Schnellstmöglich die Gespräche mit den anderen Fraktion im deutschen
23 Bundestag fortzuführen und ggf. eigene Vorschläge zur Reduzierung der
24 Mandatszahl ab der kommenden Bundestagswahl vorzulegen.
- 25 3. Nötigenfalls auch gegen die Fraktion der CDU/CSU mit den übrigen Frak-
26 tionen eine Anpassung des Wahlrechtes vorzunehmen.

27

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 009

Antragstitel:	Anonymität ist Freiheit – Kein Verbot von Tor und Co.
Antragsteller:	Junge Liberale Berlin-Mitte
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Anonymität ist Freiheit – Kein Verbot von Tor** 2 **und Co.**

3 Wer Anonymität und Freiheit im Internet einschränkt, trifft mit diesen Maßnah-
4 men auch immer rechtstreue Bürgerinnen und Bürger. Gerade im Web-Bereich
5 trifft es vor allem Menschen, die aus diversen Gründen auf Anonymität angewie-
6 sen sind. Hierzu zählen beispielsweise Whistleblower, Menschenrechtsaktivisten
7 und Journalisten. Die Jungen Liberalen sprechen sich explizit für ein Recht auf
8 Anonymität im Internet aus.

9 Daher lehnen wir ein generelles Verbot von Tor sowie von weiteren Browsern
10 und Tools, die das Anonymisieren von Verbindungsdaten möglich machen, strikt
11 ab. Ebenso sprechen wir uns gegen ein Verbot von hidden services (bzw. onion
12 services) aus. Auch das Anknüpfen eines Verbotes an die Intention des Dienstes
13 halten wir für falsch. Das Kriminalisieren von Anonymität stellt für uns einen un-
14 verhältnismäßigen Einschnitt in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger dar, der
15 mitnichten den gewünschten Mehrwert an Sicherheit bringt, sondern das unter
16 Generalverdacht Stellen von ca. 40.000 Menschen in Deutschland zur Folge hat.
17 Stattdessen fordern wir, dass Ermittlungsbehörden sowohl personell als auch in
18 der Ausbildung entsprechend ausgestattet werden. Es ist nicht tragbar, wenn ein
19 über Jahre verschleppter Personalmangel durch schärfere und weitreichendere
20 Gesetze kaschiert werden soll. Darüber hinaus braucht es selbstverständlich
21 auch das entsprechende Know-How. Den Beamtinnen und Beamten muss eine
22 Ausbildung zuteil werden, die sie in die Lage versetzt, im Bereich des Darknet
23 und auch der Internetkriminalität im Allgemeinen, effizient und erfolgreich zu er-
24 mitteln. Dass diese klassische Ermittlungsarbeit auch im Web-Bereich sehr gute
25 Erfolge nachweisen kann, hat die Vergangenheit bereits gezeigt.

26

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 010

Antragstitel:	„Rot für Kalorienbomben“ - Ampelkennzeichnung für zusammengesetzte Lebensmittel und Fertigprodukte!
Antragsteller:	Junge Liberale Berlin-Mitte
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **„Rot für Kalorienbomben“ - Ampelkennzeich-**
2 **nung für zusammengesetzte Lebensmittel und**
3 **Fertigprodukte!**

4 Wir lehnen eine höhere Besteuerung oder ein Verbot ungesunder Lebensmittel
5 ab.

6 Im Sinne einer verbesserten Transparenz für die Verbraucher fordern wir je-
7 doch, zusammengesetzte Lebensmittel und Fertigprodukte mit einer verbindli-
8 chen Lebensmittelampel sichtbar zu kennzeichnen.

9 Beispielsweise könnten verschiedene Nährwertangaben wie Fettgehalt, gesättig-
10 te Fettsäuren, Zucker und Salz, sowie die Kalorienangaben mithilfe auf der Vor-
11 derseite der Produkte leicht verständlich und farbbasiert abgedruckt werden.

12

Begründung:

Nährwerttabellen mit Informationen zum Zucker- oder Fettgehalt stehen meist sehr klein auf der Rückseite von Verpackung. Bei Einkäufen fehlt den Verbrauchern häufig die Zeit diese bei jedem Produkt zu lesen. Gleichzeitig können viele Menschen die abgedruckten Angaben schlecht einordnen. Das ist einer der Gründe, warum sich viele Menschen unausgewogen ernähren – und mehr als die Hälfte der Erwachsenen in Deutschland mittlerweile übergewichtig sind. In Umfragen spricht sich eine große Mehrheit der Verbraucher für eine verbindliche Kennzeichnung von Lebensmitteln mit einer Ampelfarbe aus. Diese sorgt für Transparenz und erleichtert den Menschen die Entscheidungsfindung. Es ist auf einen Blick erkennbar, wie gesund oder ungesund ein zusammengesetztes Produkt oder Fertigprodukt ist.

Antrag 011

Antragstitel:	Make European Research Great Again – Nicht allein China und den USA die Zukunft überlassen
Antragsteller:	Junge Liberale Berlin-Mitte
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Make European Research Great Again – Nicht**
 2 **allein China und den USA die Zukunft überlas-**
 3 **sen**

4 **§1 Förderung von KI-Forschung, Softwareentwicklung, autonomes Fahren,**
 5 **Robotik und IT-Sicherheit**

6 Alle großen Revolutionen im Bereich der Computer- und Softwaretechnik gingen
 7 in den letzten Jahren von den USA oder China aus. Beide dieser Länder inves-
 8 tieren Milliarden in den weiteren Ausbau und die Forschung zukunftsweisender
 9 Technologien, wie z. B. künstliche Intelligenz oder dem autonomen Fahren und
 10 Robotik. Allein die chinesische Stadt Shanghai investiert ca. 15 Milliarden
 11 US-Dollar in KI- Projekte. Auch der Bundesverband Informationswirtschaft, Tele-
 12 kommunikation und neue Medien kritisiert die bisherig geplanten Ausgaben für
 13 künstliche Intelligenz als zu gering. Möchte Europa hier den Anschluss nicht ver-
 14 lieren, ist ein europäischer Kraftakt und hohe Investitionen nötig. Die Investitionen
 15 werden sich schon in der mittleren Zukunft auszahlen und nicht nur dem Tech-
 16 nologiestandort Europa nützen, sondern ganz allgemein der Bevölkerung und in
 17 einem zukünftig höherem Steueraufkommen und Wohlstand resultieren.

18 §1.1 Passende Rahmenbedingungen schaffen

19 Wir fordern daher eine bessere und schnellere Bereitstellung von Forschungs-
 20 geldern und der Einrichtung von Forschungszentren für künstliche Intelligenz,
 21 Softwareentwicklung, autonomen Fahrens, Robotik und IT-Sicherheit mit einer
 22 vernünftigen finanziellen Anfangsausstattung. Die von der Bundesregierung in ih-
 23 rer „Strategie Künstliche Intelligenz der Bundesregierung“ geforderten 3 Milliarden
 24 Euro von 2018 bis 2025 sind zu deutlich zu gering veranschlagt. Wir fordern
 25 darüber hinaus, dass Partnerschaften mit Unternehmen (z. B. Siemens, BMW,
 26 VW, SAP, Zalando, Bosch etc.) geschlossen werden. Gemeinsam mit verschie-
 27 denen Akteuren der freien Wirtschaft sollen so Mittel als Risikokapital in einem
 28 europäischen Fördertopf bereitgestellt werden, um Gründungen aus dem Zen-
 29 trum heraus zu unterstützen und anzuleiten. Darüber hinaus fordern wir die Ein-
 30 führung einer technologieoffenen steuerlichen Forschungsförderung. Die Stärke
 31 unserer Wirtschaft liegt nicht zuletzt in der Innovationskraft der Unternehmen. In-

Seite 30

32 dem ein Teil der Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE)
33 als Steuergutschrift zur Verfügung steht, können insbesondere Start-Ups und
34 KMUs unbürokratisch FuE-Investitionen tätigen. Im Zuge der strategischen Aus-
35 richtung unter der Europäische Kommission muss ein regulatorischer Rahmen ge-
36 schaffen werden, der die Entwicklung von KI-Technologie durch die notwendigen
37 Freiräume für Innovation sowie einheitliche Regeln ermöglicht.

38 §1.2 Transfer Wissenschaft und Wirtschaft

39 Domänenspezifisches Wissen aus Bereichen wie bspw. Medizin, Recht, Finanz-
40 dienstleistungen, Logistik und Bildung muss stärker mit Forschungsergebnissen
41 der künstlichen Intelligenz vernetzt werden. Dazu soll Hochschullehrern sowohl
42 mehr Freiheiten bei der Ausübung von Nebentätigkeiten eingeräumt werden als
43 auch mehr Möglichkeiten um zwischen Forschung und Industrie zu wechseln.
44 Ausgründungen aus der Wissenschaft sollen speziell gefördert werden, um For-
45 scherinnen und Forscher auch außerhalb der Wissenschaft berufliche Perspekti-
46 ven zu bieten und den Transfer von Wissenschaft zu Wirtschaft zu beschleuni-
47 gen.

48 **§2 Mathematik, Programmieren und Computerkenntnisse als Grundfertigkei-** 49 **ten verankern**

50 Wir fordern, dass das Erlernen von Programmierfertigkeiten und Computerkennt-
51 nissen fundamentaler Bestandteil von Schulbildung werden muss. Jeder Schulab-
52 solvent muss verstehen, wie Computer funktionieren und in der Lage sein, einfache
53 Programme selbst zu schreiben. Daher möchten wir, dass jeder Schüler von
54 der ersten Klasse bis zum höchsten Schulabschluss die Fächer Mathematik und
55 Informatik verpflichtend belegen muss. Darüber hinaus fordern wir, dass alle
56 Ausbildungs- und Studiengänge in Deutschland verpflichtend digitale Quer-
57 schnittskompetenz vermitteln müssen. Idealerweise sollte dies mit einem fachli-
58 chen Bezug geschehen und damit gleichsam die Grundlage für eine zukunftsori-
59 entierte Forschung der jeweiligen Disziplin legen.

60 **§3 Studienanreize für MINT-Fächer verbessern**

61 Wir fordern eine verbesserte Anreizsetzung für das Bachelor- und Masterstudi-
62 um mathematisch- naturwissenschaftlicher Disziplinen unabhängig von Alter oder
63 Herkunft. Als einen zentralen Anreiz erkennen wir die Notwendigkeit einer höhe-
64 re Toleranz gegenüber Regelstudienzeitüberschreitungen, insbesondere bei der
65 BAföG-Gewährung. In den MINT- Studiengängen wird der zunehmende techni-
66 sche Fortschritt weltweit besonders deutlich und die thematische Komplexität
67 steigt von Jahr zu Jahr. Um einen reibungslosen und wissenschaftlich sowie
68 wirtschaftlich wertvollen Abschluss zu ermöglichen, muss hier dieser Entwicklung
69 Rechnung getragen werden.

70 **§4 Aus- und Weiterbildung im MINT-Bereich**

71 Die Weiter- und Ausbildung im MINT-Bereich, darf mit dem Abschluss nicht en-
72 den. Der technische Fortschritt wächst in einer Geschwindigkeit, so dass nur
73 noch ein Teil dieses in der Universität vermittelbar ist. Darüber hinaus stellt selbst

Seite 31

74 ein Universitätsabschluss nicht sicher, dass Absolventen lebenslang qualifiziert
75 bleiben. Auch Wissen über neue Technologien und neue Inhalte wird immer wie-
76 der von Relevanz. Deswegen muss die Politik den Rahmen für eine kontinuierli-
77 chen Weiterbildung schaffen. Deswegen fordern wir:

- 78 • Die Schaffung von Master- und Postgraduiertenprogrammen, die im Rah-
79 men eines beruflichen Sabbaticals in einem halben oder ganzen Jahr absol-
80 viert werden können.
- 81 • Die Schaffung von Studiengängen und Weiterbildungszertifikaten an allen
82 öffentlichen Universitäten, die in Teilzeit und berufsbegleitend absolviert
83 werden können, sowie die Förderung von berufsbegleitenden Abendschu-
84 len als ergänzendes Angebot zur Weiterqualifizierung.
- 85 • Flexible Wege der Anerkennung erworbenen Wissens (z.B.: Zertifikate,
86 Nano-/Micro- Degrees) als Ergänzung zu formalen Bildungswegen. Insbes-
87ondere durch „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) soll über eine
88 staatlich geförderte Bildungsplattform Fernstudiengänge, Weiterbildungen,
89 der Erwerb von Zertifikaten und Ähnliches für alle europäischen Bürger zu-
90 gänglich gemacht werden.

91 **§5 Fachkräfte aus dem Ausland anwerben**

92 Aufgrund des erheblichen Fachkräftemangels im Bereich der KI-Forschung wer-
93 den auch Experten und Wissenschaftler aus dem Ausland benötigt. Dabei steht
94 Deutschland in direkter Konkurrenz zu den USA, Kanada und anderen europäi-
95 schen Staaten. Um Anreize für internationale Talente zu schaffen, fordern wir
96 deshalb:

- 97 • Eine internationale Kampagne für den KI-Standort Deutschland, um für
98 Forschungsmöglichkeiten und Entwicklungskapazitäten zu werben.
99 Deutschland ist bereits führend im Bereich KI-Forschung (MPI, DFKI, Helm-
100 holtz, Fraunhofer) - diese Erfolge sollten häufiger beworben werden, um im
101 In- wie Ausland auf die Stärken Deutschlands im Bereich der KI-Forschung
102 aufmerksam zu machen.
- 103 • Um Start-Ups und Unternehmen Zugang zu den international besten
104 Fachkräften zu verschaffen, fordern wir die Einführung eines EU-weiten
105 Startup-Visums. Als Vorbild soll das französische „French Tech Visa“-Pro-
106 gramm.

107 **§6 Gesellschaftliche Akzeptanz fördern**

108 Bereits jetzt lässt sich absehen, dass der Einsatz von KI die Lebens- und Ar-
109 beitswelten der Menschen facettenreich verändern wird. Aufgrund der weitrei-
110 chende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft ist es notwendig, die KI-For-
111 schung nicht nur an technischen Fragen auszurichten. Wir wünschen uns daher
112 zusätzlich die Erforschung der volkswirtschaftlich und ethisch-moralischen Dimen-
113 sionen. Die dabei gewonnenen Forschungsergebnisse sollen nicht zuletzt in den
114 regulatorischen Rahmen einfließen. So kann sichergestellt werden, dass der
115 KI-Einsatz den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird und die langfristige
116 Akzeptanz der Technologie erreicht wird. Darüber hinaus fordern wir:

Seite 32

- 117 • Steigerung der Akzeptanz von Anwendungen der künstlichen Intelligenz
118 durch Behandlung in der Schule und verstärkter, öffentlicher Aufklärung.
- 119 • Überprüfung und ggf. Anpassung des Rechtsrahmens für die Nutzung von
120 Daten und die Anwendung von Algorithmen, insbesondere in Bereichen,
121 die das menschliche Wohl betreffen (bspw. Gesundheits- und Medizintechno-
122 logie, Flugsicherheit etc.). Dazu muss zumal die Rechtsbeziehung zwi-
123 schen den Beteiligten überprüft und geklärt werden.
- 124 • Im Hinblick auf die Datenerhebungsstandards muss sichergestellt werden,
125 dass diese im Sinne der Gleichbehandlung nach dem Grundgesetz diskrimi-
126 nierungsfrei sind, also keine Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgrup-
127 pen stattfindet.
- 128

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 012

Antragstitel:	„Deutsche Wohnen und Co enteignen“ – Dem Sozialismus Einhalt gebieten
Antragsteller:	Junge Liberale Steglitz-Zehlendorf
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ – Dem 2 Sozialismus Einhalt gebieten

3 Gerade noch rechtzeitig zum Grundgesetzjubiläum riskiert das Berliner Volksbe-
4 gehren „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ die Büchse der Pandora unserer
5 Verfassung zu öffnen – dass sich die Initiative des Vergesellschaftungs-Artikels
6 15 GG bedienen möchte, der zurecht noch nie in der bundesrepublikanischen
7 Geschichte angewandt wurde, ist mehr als entlarvend. Immerhin offenbart es die
8 eigentümliche Kombination sachlicher Unkundigkeit und historisch nur allzu be-
9 kannter Vorbehalte gegen das Eigentum.

10 **Enteignungen sind vor allem eines – schäd-** 11 **lich!**

12 Im Vergleich zu den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften verfügt selbst
13 die Deutsche Wohnen nur über einen sehr geringen Anteil des Berliner Woh-
14 nungsbestandes – das Land ist daher schon heute dominanter Marktteilnehmer
15 und bedarf keiner eigentumsfeindlichen Unterstützung.

16 Nur durch die freie Preisentwicklung kann ein verlässliches Investitionsinteresse
17 von privaten Kapitaleignern entstehen, das zum Bau neuer Wohneinheiten drin-
18 gend benötigt wird. Enteignungen signalisieren dem Markt dagegen, dass kurz-
19 fristig Sorge vor einem Eigentumsverlust gerechtfertigt ist, was mittelfristige In-
20 vestitionen zu einem gewagten Unterfangen verkommen lässt. Das verringert die
21 Investitionsneigung und hemmt die wirtschaftliche Dynamik unserer Stadt – ein
22 Prozess, der sich nur unter sehr großer Kraftanstrengung umkehren lässt.

23 Auch darüber hinaus nehmen die Initiatoren und Unterstützer des Volksbegeh-
24 rens wenig Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen ihrer Forderungen und be-
25 handeln die Frage der Finanzierung äußerst stiefmütterlich – sie riskieren so,
26 Berlins Wirtschaft mit der Kombination aus Ausgleichszahlungen, Investitionsstau
27 und Pensionsverpflichtungen zu strangulieren.

28 Mithin handelt es sich bei der Enteignung um ein Instrument, dass der DNA un-
29 serer sozialen Marktwirtschaft grundlegend widerspricht. Nur auf dem Boden ei-

Seite 34

30 ner funktionierenden Eigentumsordnung ist es möglich, den Wohlstand, der zur
31 Verteilung vorausgesetzt ist, zu erwirtschaften. Wir verurteilen daher die Unter-
32 stützung von Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen für das Volksbegehren
33 „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ und rufen den Regierenden Bürgermeister
34 dazu auf, sich im Namen unserer Sozialen Marktwirtschaft von der Initiative
35 zu distanzieren.

36 Marktwirtschaftliche Methoden nutzen

37 Die nur vermeintlich gerechte Augenwischerei, bei der Sozialwohnungen zum
38 kleinen Preis vermietet werden müssen, schränkt das Investitionsinteresse Privater
39 ein und zwingt landeseigene Wohnungsbaugesellschaften zum konstanten
40 Minusgeschäft – es kommt zu einer Vergemeinschaftung der Kosten Einiger zur
41 Last aller anderen. Diese unsoziale Situation muss schleunigst beendet werden!

42 Stattdessen müssen die finanziellen Mittel genutzt werden, um die Arbeitersituation
43 in den Bauaufsichtsämtern zu entspannen. Die Leistungsfähigkeit dieser
44 Stellen ist Möglichkeitsbedingung aller anderen Potentiale und hat daher höchste
45 Priorität.

46 Um es potenziellen Bauherren zu erleichtern, eine Baugenehmigung zu erhalten,
47 sollte sich Berlin darum bemühen, die entsprechenden Anträge in gemeinsamer
48 Arbeit mit anderen deutschen Städten zu vereinheitlichen. Orientierung können
49 hier die Kommunen Köln, Dortmund, Ennepetal und Xanten sowie die Kreise Gü-
50 tersloh und Warendorf bieten, die bereits seit Juli 2018 ein beispielhaftes Modell-
51 projekt durchführen.

52 Der Grundstücksankauf ist für den Löwenanteil der Kosten des Wohnungsbaus
53 verantwortlich und wird schlussendlich vom Kunden bezahlt. Zu dessen Entlas-
54 tung sollte sich die Stadt am niederländischen Modell orientieren und die Grund-
55 erwerbssteuer komplett abschaffen.

56 Wir fordern die FDP Berlin weiterhin dazu auf, ihre und unsere Forderung nach
57 einem digitalen Baulückenkataster nachdrücklicher und häufiger zu kommunizie-
58 ren.

59 Ohne miraculöse Erfolge zu erwarten, muss die Bebauung des Tempelhofer Fel-
60 des vorangetrieben werden. Hier bietet sich großes Potential für Wohnungen, Ki-
61 tas, Sport- und Gewerbeflächen, ohne das Feld notgedrungen substanziell zu ge-
62 fährden. In Zeiten akuter Wohnungsnot muss die Schaffung neuen Wohnraums
63 höher priorisiert werden als Bequemlichkeit. Wir fordern die FDP Berlin daher da-
64 zu auf, sich für einen zweiten Volksentscheid zum Tempelhofer Feld einzuset-
65 zen, da eine Zustimmung der Berliner unabdingbare Voraussetzung zu dessen
66 Bebauung ist.

67 Wir Junge Liberale sehen ein, dass die Überarbeitung unserer Landesbauord-
68 nung eine Mammutaufgabe ist, die einige Zeit und Ressourcen binden wird. Wir
69 geben jedoch einem Ende mit Schrecken gegenüber dem Schrecken ohne Ende
70 den Vorzug und schlagen auch hier eine Orientierung an den Niederlanden vor,
71 bei denen keine bestimmten Wege, sondern Ziele vorgegeben werden. Hier-

Seite 35

72 durch lässt sich die überbordende Bürokratie reduzieren, der aktuelle Standard
73 jedoch halten und die kreative Innovationskraft der Unternehmen ausnutzen.
74 Wichtig ist insbesondere die Liberalisierung der maximalen Gebäudehöhe und
75 Mindestabstände, sodass das Potential der Nachverdichtung bestmöglich genutzt
76 werden kann.

77 In diesem Zusammenhang begrüßen wir explizit die Initiative großer Lebensmit-
78 teleinzelhändler, den Ausbau ihrer Flachbau-Supermärkte voranzutreiben. Aber
79 auch ganz allgemein betonen wir das Potential des Dachgeschossausbaus, der
80 es ermöglicht, tausende Wohnungen ohne die Nutzung neuen Baulandes zu
81 schaffen – diese Chance muss genutzt werden!

82 Wir schließen uns weiterhin der Forderung der Berliner FDP nach einem Mie-
83 ten-TÜV an – alle neuen und bestehenden Gesetze sollen einer sogenannten
84 Wohnkostenfolgeschätzung unterzogen werden. Verursacht ein Gesetz zu hohe
85 Kosten, so empfiehlt sich dessen Überarbeitung.

86 Es müssen mutige und innovative Wege beschritten werden, weshalb uns die
87 Idee der Deckelung und Bebauung von Autobahnabschnitten prinzipiell zusagt.
88 Sobald die Machbarkeitsstudie der Verkehrsverwaltung Berlins vorliegt, sollte die-
89 ser Ansatz bestmöglich umgesetzt werden.

90 Die Berliner verfügen im Durchschnitt nur über mäßig Kaufkraft und leiden daher
91 besonders unter den seit Jahren steigenden Mietnebenkosten. Hierfür sind unter
92 anderem die hohen Energiepreise verantwortlich, wobei insbesondere der Bun-
93 desstaat als Preistreiber agiert. Berlin muss sich qua Bundesrat für eine Entlas-
94 tung aller Bürger einsetzen, beispielsweise durch eine Senkung der Stromsteuer
95 oder die Abschaffung des EEG.

96

97 **Begründung:**

98 Erfolgt mündlich.

Antrag 013

Antragstitel:	Autonomes Fahren braucht Regeln!
Antragsteller:	Junge Liberale Nordberlin
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Autonomes Fahren braucht Regeln!**

2 Bis zum Jahr 2020 ist mit vollautonomen Autos auf dem Markt zu rechnen. Die
3 Entwicklungen in der Branche gehen rasant voran, die deutsche Politik verschläft
4 jedoch nicht nur die Möglichkeiten in der Gefahrenprävention einer solchen Tech-
5 nologie, sondern schafft es auch nicht, differenzierte Regelungen bezüglich Haf-
6 tungsfragen aufzustellen.

7 **Aufzeichnung von Unfällen durch eine „Black Box“ und Klärung der Haftung**

8 Die Jungen Liberalen Berlin fordern daher die Einrichtung einer „Black Box“ für
9 autonom fahrende Autos. Hierbei müssen alle Aktionen des autonom fahrenden
10 Systems sowie Zeitpunkte und Zugriffe des Nutzers bei dem sogenannten „Over-
11 ruling“, also dem Eingriff durch den Fahrer, gespeichert werden. Bei halbauto-
12 no-men Systemen sind außerdem die Zuständigkeiten zwischen den Autosyste-
13 men und dem Fahrer aufzuzeichnen. Die Daten sollen aber nach einem kurzen
14 Zeit-raum gelöscht werden müssen. Für die Aufklärung von Unfällen soll die
15 „Black Box“ durch die Staatsanwaltschaft zur Verwendung gezogen werden kön-
16 nen.

17 Aus der Einrichtung einer „Black Box“ ergeben sich die Haftungsfragen beim
18 Autonomem Fahren. Für Schäden, die durch die Nutzung von autonomen Syste-
19 men entstehen, muss gesetzlich klargestellt werden, dass der Hersteller haften
20 muss. Bei dem sogenannten „OVERRULING“, also dem Eingriff durch den Fahrer,
21 hat der Fahrer für den entstandenen Schaden zu haften.

22 Problematisch sind Situationen, in denen ein Personen- oder Sachschaden nicht
23 abzuwenden ist. Die Jungen Liberalen Berlin fordern hierzu die Einrichtung einer
24 Ethik-Kommission, welche sich mit gesetzlichen Vorgaben zur Programmierung
25 von autonomisierten Systemen beschäftigen soll. Der Bund soll außerdem bei-
26 spielsweise mit einer Bundesstelle für Unfalluntersuchung automatisierter Ver-
27 kehrssysteme oder eines Bundesamtes für Sicherheit im automatisierten und ver-
28 netzten Verkehr eine Stelle schaffen, in denen die Unfalldaten aus der entspre-
29 chenden „Black Box“ analysiert und daraus neue gesetzliche Regelungen und
30 Vorgaben bzgl. der Programmierung der autonomen Systeme erstellt werden sol-
31 len.

32 **Möglichkeiten für Autofahrer durch die Nutzung von autonomen Fahrzeugen**

Seite 37

33 Die Hersteller sind natürlich nicht davon entbunden, ihre Systeme selber immer
34 weiter zu verbessern. Eine Übermittlung der Unfalldaten bei Einsatz eines auto-
35 nom fahrenden Systems an die Hersteller soll eingerichtet werden. Hierfür muss
36 der Gesetzgeber vorgeben, dass die Daten zu anonymisieren sind. Dabei sind
37 Datensparsamkeit und -autonomie für die Jungen Liberalen Berlin das Grund-
38 prinzip eines verantwortungsvollen Umgangs mit den weiteren Daten aus dem
39 restlichen Fahrzeitraum und verhalten. Eine automatische Übermittlung der Daten
40 muss durch den Gesetzgeber unterbunden werden und darf kein Zwang zum
41 Kauf eines solchen Autos sein. Der Nutzer soll sich allerdings dafür entscheiden
42 können, freiwillig mehr Daten zu übertragen und den Autoherstellern so auch ei-
43 ne kommerzielle Verwendung einzuräumen.

44 Darüber hinaus muss in der Fahrschulausbildung der sachgerechte Umgang mit
45 automatisierten Fahrsystemen vermittelt und auch geprüft werden. Ein Fahrer
46 muss auch bei einem autonomen Fahrzeug immer in der Lage sein einzugreifen
47 und mit dem sogenannten „Overtaking“ das Auto zu übernehmen. Aufgrund des
48 Automatisierungsgrades der Autos sollte sich allerdings für bestimmte Verhal-
49 tenspflichten bei der Autofahrt eine Änderung ergeben. Etwa die Nutzung mobi-
50 ler Endgeräte wie Handys soll bei autonomen Autos der Stufe 5, die ohne Men-
51 schen fahren können, ermöglicht werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antragstitel:	Tierhaltung in Zirkussen beenden
Antragsteller:	Junge Liberale Nordberlin
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Tierhaltung in Zirkussen beenden.**

2 Nach dem Vorbild der Entschließung des Bundesrates zum Verbot der Haltung
3 bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus vom 18. März 2016, fordern die
4 Jungen Liberalen Berlin ein Verbot nicht-menschliche Primaten, Elefanten, Groß-
5 bären, Giraffen, Nashörnern und Flusspferden in Betrieben an wechselnden Or-
6 ten zur Schau zu stellen. Diese Betriebe werden im Folgenden als Zirkusse be-
7 zeichnet. Eine Übergangsfrist soll unter Berücksichtigung der Lebensdauer der
8 sich bereits im Dienst befindenden Zirkustiere eingerichtet werden

9 Die Zirkusse werden allerdings dazu angehalten, bereits vor Ende der Über-
10 gangsfrist die Tiere in Reservate auszuwildern oder in entsprechende öffentliche
11 Einrichtungen, wie Zoos oder Tierparks, abzugeben. Bei offensichtlichen Verhal-
12 tensstörungen, wie beispielsweise stereotypen, aggressiven bzw. depressiven
13 Verhaltensweisen, Apathie oder Trauer, sollen Zirkustiere sofort aus dem ent-
14 sprechenden Betrieb entnommen werden. Dies soll durch regelmäßige Kontrollen
15 des Veterinäramts sichergestellt werden.

16 Für die Tiere, die noch zur Schau gestellt werden dürfen, soll gemäß §2a des
17 Tierschutzgesetzes die erforderlichen Anforderungen an deren Haltung durch die
18 Bundesregierung in einer Rechtsverordnung geregelt werden. Dabei fordern die
19 Jungen Liberalen Berlin, dass alle Zirkusse über ein festes Quartier verfügen
20 müssen, dass nach §2 des Tierschutzgesetzes entsprechende art- und bedürf-
21 nis-angemessene Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung er-
22 möglicht.

23

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 015

Antragstitel:	Zukunft ist Zukunft: Nutzen wir die Chancen der Gentechnik.
Antragsteller:	Junge Liberale Nordberlin
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Zukunft ist Zukunft: Nutzen wir die Chancen**
 2 **der Gentechnik.**

3 Gentechnik ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Die Entwicklung
 4 transgener Pflanzen, wie dem "Golden Rice", welcher dem Vitamin-A-Mangel in
 5 einigen Regionen entgegenwirken kann, die Herstellung des lebensnotwendigen
 6 Medikaments Insulin, die Verwendung resistenterer Nutzpflanzen gegenüber
 7 Herbiziden sind Beispiele für Gentechnik in unserem Alltag. Mit Technologien,
 8 wie CRISPR/CAS9, TALEN stehen uns mittlerweile eine Reihe von Werkzeugen
 9 und Methoden zur Verfügung, die die Herstellung von gentechnisch modifizierten
 10 Organismen (GMOs) so einfach wie nie machen. Für den Einsatz von Gentech-
 11 nik in Deutschland und Europa braucht es entsprechende Regelungen. Stets
 12 sind jedoch neueste wissenschaftliche Erkenntnisse in die Überlegungen einzu-
 13 beziehen.

14 **Gentechnik-Regulation in einem sinnvollen**
 15 **Maß.**

16 Für uns Junge Liberale ist klar, dass Eingriffe, wie die genterapeutische Verän-
 17 derung der Keimbahn, auch weiterhin verboten bleiben soll. Auch das Klonen
 18 von Menschen lehnen wir ab. Eine entsprechende EU-weite Regulierung begrü-
 19 ßen wir.

20 Bisher werden GMOs in der EU von der EU-Lebensmittelbehörde EFSA vor der
 21 Zulassung auf ihre Sicherheit geprüft. Eine entsprechende Kennzeichnung im
 22 Handel für die Verbraucher muss erfolgen. In Deutschland, wie auch vielen an-
 23 deren Ländern, ist der Erwerb entsprechender Lebensmittelprodukte aufgrund
 24 des fehlenden Angebots nicht möglich.

25 Bezüglich des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland
 26 fordern die Jungen Liberalen Berlin die gesetzlich festgelegten Abstände zwi-
 27 schen Feldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen und den nächsten Feldern
 28 der gleichen Kulturart zu reduzieren. Die Abstände lassen sich wissenschaftlich
 29 nicht begründen.

Seite 40

30 Die Jungen Liberalen Berlin fordern außerdem die Beibehaltung des bisherigen
31 Standortregisters der Bundesregierung für Felder mit gentechnisch veränderten
32 Pflanzen als eine Art Transparenzoffensive. Darüber hinaus fordern wir die
33 Schaffung eines entsprechenden Standortregisters für die gesamte Europäische
34 Union. Gegenüber Straftaten, wie bspw. der Zerstörung von Versuchsfeldern
35 durch Aktivisten, muss der Staat entschieden mit allen Mitteln eines Rechtsstaats
36 vorgehen.

37 Gentechnisch veränderte Pflanzen und nach herkömmlichen Zuchtmethoden er-
38 zeugte Pflanzen lassen sich als Produkt nicht unterscheiden. Die Jungen Libera-
39 len Berlin fordern daher, dass gentechnisch veränderte Pflanzen nicht nach dem
40 Gentechnikgesetz reguliert werden sollten, sofern im Ergebnis naturidentische
41 Pflanzen entstehen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 25. Juli 2018
42 lehnen wir daher im Ergebnis ab und fordern hierzu eine gesetzlichen Konkreti-
43 sierung. Nach Sicht der Jungen Liberalen Berlin, soll auch für Organismen gel-
44 ten, dass diese nur unter das Gentechnikrecht fallen sollen, wenn artfremde
45 DNA eingebaut wird. Wenn das Endprodukt keine artfremde DNA enthält ist das
46 Gentechnikrecht somit nicht mehr anzuwenden.

47 **Regelungen für die biotechnologische Indus-** 48 **trie**

49 Die Patentierbarkeit von Gensequenzen, welche isoliert werden können und ei-
50 nen gewerblichen Zweck haben, also beispielsweise die konkrete Anwendung für
51 die Erzeugung eines Medikaments, nicht aber die bloße Entdeckung von Genen,
52 soll auch in Zukunft möglich sein.

53 Pflanzen und Tiere, die mit Hilfe technischer Verfahren erzeugt wurden, sollen
54 auch in Zukunft patentierbar sein. Unter technischen Verfahren sind Methoden
55 wie die Mutagenese oder molekularbiologische Methoden, wie TALEN, Zinkfin-
56 gernukleasen oder CRISPR/ Cas9 zu verstehen.

57 Mit der strengen Reglementierung von genmodifizierten Saatgut und Pflanzen
58 sowie anderen biotechnologischen Möglichkeiten, werden in der Europäischen
59 Union als großer und entscheidender Markt Potentiale verschenkt. Mit der Er-
60 leichterung der Forschung und Zulassung von Biotechnologieprodukten, kann
61 auch zahlreichen Biotech-Start-Ups den Einstieg in den Markt erleichtert werden.

62 Mit weiteren Forderungen der Jungen Liberalen, wie bspw. der Erleichterung
63 von Venture Capital, lässt sich der Markt für biotechnologische Anwendungen
64 weiter vergrößern. Zusätzlich soll das Budget für Forschung in Bereich der Gen-
65 technik der Bundesregierung vergrößert werden. Damit sollen auch Langzeitstu-
66 dien über eventuelle Veränderungen im Ökosystem oder im menschlichen Orga-
67 nismus ermöglicht werden.

68 **Umgang mit Gentechnik-Produkten**

Seite 41

69 Die Jungen Liberalen Berlin fordern eine bessere Kennzeichnungspflicht aller
70 Lebensmittelprodukte, welche mit gentechnisch veränderten Organismen oder
71 Pflanzen in Kontakt gekommen sind, durch diese hergestellt wurden oder (zu
72 Anteilen) aus diesen bestehen. Die Kennzeichnung kann hierbei bei Lebensmit-
73 teln nur im positivem Sinne erfolgen, sodass der Erzeuger die Möglichkeit be-
74 kommt, sein Produkt als gentechnikfrei zu kennzeichnen, sobald er bewusst auf
75 Gentechnik verzichtet hat. Der Richtlinie des Europäischen Gerichtshofs für eine
76 entsprechende Kennzeichnung als "Gentechnikfrei" auch bei Verwendung von
77 Futtermitteln, welche mit Gentechnik in Kontakt gekommen sind, stimmen wir
78 zu. Das Kennzeichnungsverfahren soll in eine Kennzeichnung mit drei Stufen ge-
79 ändert werden:

80 1. Stufe : Das Produkt soll mit einer Art Zertifikat als gentechnikfrei gekennzeich-
81 net werden. Dies beinhaltet, dass der Erzeuger bewusst auf jegliche Einwirkung
82 gentechnisch veränderter Zusatzstoffe verzichtet hat. Ein absolute Garantie ist
83 aufgrund der Vermischung von Saatgut oder des Pollenflugs etc. nie gegeben.

84 2. Stufe: Das Produkt wurde im Laufe seiner Herstellung mit gentechnisch ver-
85 änderten Zusatzmitteln behandelt, wie z.B. Tierfutter oder Vitamine und Enzyme
86 beim Hopfenanbau. Die zugeführten gentechnisch veränderten Mittel müssen in
87 der Etikettierung des Produkts angegeben werden.

88 3. Stufe: Das Produkt selbst wurde gentechnisch verändert. Auch hier muss in
89 der Etikettierung eine für den Verbraucher deutliche und verständlich Angabe
90 gemacht werden.

91 Arzneimittel, welche mit Hilfe gentechnischer Verfahren hergestellt wurden, sol-
92 len entsprechend gekennzeichnet werden. Damit lässt sich ebenfalls Akzeptanz
93 für Gentechnik in der Bevölkerung steigern.

94 **Sensibilisierung in der Bevölkerung**

95 Zudem ist die Bevölkerung durch sogenannte "Aufklärungskampagnen" von vie-
96 len Umweltschutzorganisationen in ihrer Haltung vorgefertigt, ohne, dass diese in
97 vielen Fällen auf belastbaren Fakten und Studien basieren. Die Bundesregierung
98 sowie entsprechende Verbände der biotechnologischen Industrie müssen auch
99 weiterhin auf Veranstaltungen, wie Wissenschaftsnächten, aber auch mit einer
100 breit und differenziert angelegten Informationskampagne über die Chancen und
101 Risiken der Gentechnik informieren. Auch die Schaffung von Arbeitsplätzen in
102 kleinen, mittelständischen, aber auch großen Pharma- und Biotechfirmen soll in
103 besonderem Maße kommuniziert werden. Die durch Steuergelder finanzierte
104 For-schung muss hierbei stets offen und transparent kommuniziert werden. Hier-
105 durch können Projekte in Entwicklungsländern, z.B. zur Entwicklung von herbizid-
106 resistenten und ertragssteigernden Pflanzensorten angestoßen werden.

107 Zur besseren Aufklärung sollen die Biotechnologie und weitere Zukunftstechno-
108 logien, wie beispielsweise der Nanotechnologie oder der Künstlichen Intelligenz,
109 in den Schulunterricht eingebunden werden. Als Vorbild soll beispielsweise die
110 Initiative "HannoverGEN" genutzt werden, in welchem in Schulen Labore mit ent-

Seite 42

111 sprechenden Gerätschaften zur gentechnischen Modifikation und Untersuchung
112 eingerichtet wurden sowie den Lehrkräften entsprechende Arbeitsmaterialien und
113 Schulungen angeboten wurde. Bei der Etablierung ähnlicher Projekte muss aller-
114 dings stets darauf geachtet werden in der Vermittlung des Schulstoffs eine sinn-
115 volle Abwägung zwischen Chancen und Risiken der Gentechnik darzustellen.

116

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antragstitel:	Abschleppen privatisieren!
Antragsteller:	Junge Liberale Nordberlin
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Abschleppen privatisieren!**

2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern das eigenmächtige Abschleppen von
3 Falschparkern durch registrierte Abschleppunternehmen innerhalb Berlins, um
4 Fahrstreifen, Feuerwehrezufahrten, Rettungswege, Rad- und Fußwege möglichst
5 zeitnah wieder passierbar zu machen. Aktuell muss ein Abschleppunternehmen
6 von Polizei, Ordnungsamt oder Privatpersonen explizit beauftragt werden Fahr-
7 zeuge zu entfernen, i.d.R. mit Vorkasse durch den Auftraggeber. Dieses Vorge-
8 hen soll umgedreht werden: Abschleppdienste sollen auch ohne expliziten Auf-
9 trag Fahrzeuge nach vorheriger Beweissicherung abschleppen dürfen und dem
10 Fahrzeughalter die Kosten in Rechnung stellen. Um die Ordnungsmäßigkeit der
11 Abschleppverfahren zu gewährleisten, soll das Land Berlin verbindliche Kriterien
12 an die Beweissicherung festlegen und die Einhaltung dieser Kriterien durch unan-
13 gekündigte stichprobenartige Kontrollen von durchgeführten Abschleppverfahren
14 überprüfen. Das abschleppende Unternehmen muss unverzüglich das Abschlep-
15pen dem Ordnungsamt melden, damit der Halter zeitnah in Kenntnis gesetzt
16 wird. Das Land Berlin wird im Internet eine aktuelle Liste aller Abschleppdienste
17 veröffentlichen. Die Rechnungshöchstsätze für eigenmächtiges Abschleppen sol-
18 len vom Land Berlin festgelegt werden, um überhöhte Rechnungen zu vermei-
19 den.

20

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 017

Antragstitel:	Berliner Parks online nehmen
Antragsteller:	Junge Liberale Nordberlin
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Berliner Parks online nehmen**

- 2 Die Jungen Liberalen Berlin wollen die Stadt für Jugendliche attraktiver machen.
3 Daher fordern wir die Einführung von kostenlosen High-Speed WLAN-Hotspots
4 in ausgewählten Parks und Grünflächen in ganz Berlin.

5

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 018

Antragstitel:	Lehrerausbildung würdigen - keine Quereinsteigerquote an Berliner Schulen!
Antragsteller:	Junge Liberale Tempelhof-Schöneberg
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Lehrerausbildung würdigen - keine Querein-** 2 **steigerquote an Berliner Schulen!**

3 Die Jungen Liberalen Berlin begrüßen das überfällige Bemühen des Senats,
4 Quereinsteiger besser auf die Berliner Schulen zu verteilen. Dieses Ziel darf aber
5 nicht auf Kosten der Laufbahnbewerber erreicht werden. Quereinsteiger können
6 zwar notfalls Personalengpässe füllen, sind aber mangels einer pädagogischen
7 Ausbildung regulären Laufbahnbewerbern keinesfalls vorzuziehen. Eine feste
8 Quote für Quereinsteiger an Berliner Schulen kann daher nicht im Sinne der bes-
9 ten Bildung unserer Schüler sein. Die jüngste Anweisung der Senatsschulverwal-
10 tung, nach der Schulen bei der ersten bzw. den ersten beiden Neueinstellungen
11 Quereinsteiger den Laufbahnbewerbern vorziehen müssen, ist daher eine voll-
12 kommen widersinnige Maßnahme, welche die besser ausgebildeten Laufbahnbe-
13 werber benachteiligt, es Schulen verbietet, eigens ausgebildete Referendare zu
14 übernehmen und Berliner Lehramtsstudenten regelrecht zwingt, ihren Beruf in ei-
15 nem anderen Bundesland aufzunehmen. Die Jungen Liberalen Berlin fordern da-
16 her die sofortige Rücknahme der Anweisung und sprechen sich gegen eine be-
17 darfsunabhängige Quote für Quereinsteiger an Berliner Schulen aus. Angesichts
18 des sich verstärkenden Lehrermangels ist die Einstellung einer ausgebildeten
19 Lehrkraft an einer Berliner Schule stets zu begrüßen und anzustreben. Vielmehr
20 sollte der Senat verstärkt Anreize für Laufbahnbewerber setzen, sich an ver-
21 meintlichen „Problemschulen“ zu bewerben, die heute einen sehr hohen Anteil
22 an Quereinsteigern aufweisen. Langfristig muss es das Ziel sein, die Herausfor-
23 derungen an „Problemschulen“ so zu lösen, dass sie für Laufbahnbewerber auch
24 ohne zusätzliche Anreize wieder attraktiv werden.

25

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 019

Antragstitel:	Keine City-Maut für Berlin
Antragsteller:	Junge Liberale Tempelhof-Schöneberg
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Keine City-Maut für Berlin**

2 Die Jungen Liberalen Berlin sprechen sich entschieden gegen die Einführung ei-
3 ner City-Maut für Berlin aus. Der Zugang zur Hauptstadt darf nicht am eigenen
4 Geldbeutel hängen - Berlin muss als Verkehrsraum für Verkehrsteilnehmer aller
5 Einkommensklassen offen bleiben.

6

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antragstitel:	Eine Europäische Armee – Erste Gründungsschritte
Antragsteller:	Landesfachausschuss Europa, Bürgerrechte und Innen
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 Eine Europäische Armee – Erste Gründungsschritte

3 1. Vorwort

4 In den letzten 50 Jahren sind die heutigen europäischen Staaten immer mehr
5 zusammengewachsen - gerade im Rahmen der EU. Die meisten europäischen
6 Staaten sind heute Mitglied der Europäischen Union oder streben eine Mitglied-
7 schaft an. Nicht nur wirtschaftlich kooperieren die Mitgliedstaaten miteinander,
8 sondern auch die nationalen Armeen arbeiten an vielen Projekten gemeinsam.
9 Diese werden allerdings jede für sich geführt und versorgt. Dies verursacht ver-
10 schiedenste Probleme:

- 11 • Jeder Mitgliedstaat investiert für sich in Verteidigung und Beschaffung,
12 womit viele kleine Einzelprojekte teuer und ineffizient gegenüber einer ge-
13 meinsamen Beschaffung und Ausbildung sind.
- 14 • Für eine gemeinsame europäische Verteidigung (beispielsweise des Luft-
15 raumes) bedarf es einem erhöhten Koordinations- und Führungsaufwands,
16 womit gesamteuropäisch im Bedarfsfall keine schnellen Entscheidungen
17 getroffen werden können. Insbesondere diese Handlungsfähigkeit ist vital
18 für Streitkräfte.
- 19 • Aufgrund kleinerer, nationaler Budgets müssen Mitgliedsstaaten sich auf
20 einzelne Kompetenzen konzentrieren und den Verlust anderer Fähigkeiten
21 in Kauf nehmen.

22 Aufgrund dessen lag die Effektivität der europäischen Armeen nur bei 15% im
23 Vergleich zur US-amerikanischen Armee, obwohl die Heerstärke der europäi-
24 schen Armeen um ein vielfaches größer ist.

25 2. Gründung europäischer Geschwader unter Kontrolle des EU-Parlaments

26 Bereits jetzt müssen nationale Streitkräfte sich die Aufgaben teilen, welche für
27 die EU vital sind. So müssen die europäischen Seewege und der Luftraum gesi-
28 chert und militärisches Großgerät transportiert werden.

29 Daher fordern die Jungen Liberalen die Gründung eigener, europäischer Streit-
30 kräfte, welche dem europäischen Parlament unterstellt werden sollen. Um dieser
31 Forderung gerecht zu werden, unterstreichen die Jungen Liberalen die Notwen-

Seite 48

32 digkeit einer fortdauernden demokratischen Entwicklung des EU-Parlaments. Die
33 europäischen Streitkräfte sollen sich aus freiwilligen EU-BürgerInnen zusammen-
34 setzen.

35 Die SoldatInnen unter EU-Flagge sollen dabei die nationalen Armeen in ihren
36 bisherigen oben genannten Aufgaben entlasten. Es sollte langfristig auf eine
37 Kompetenzübertragung an die EU-Armee hingearbeitet werden. Hierzu schlagen
38 die Jungen Liberalen die Gründung von Geschwader zur europäischen Luftvertei-
39 digung und -transport, sowie von Fregattengeschwader zur Sicherung der See-
40 wege vor.

41 **3. Vereinheitlichte Ausbildung**

42 Europäische SoldatInnen müssen nach einheitlichen Grundsätzen gemeinsam in
43 englischer Sprache ausgebildet werden. Dazu ist es notwendig, neue Ausbil-
44 dungsstätten zu schaffen und ein europäisches SoldatInnengesetz zum Status
45 europäischer SoldatInnen zu schreiben. Zu den Ausbildungsstätten sollen eine
46 europäische Offizierschule, Unteroffizierschule und technischen Schule gehören.
47 Die Jungen Liberalen fordern eine Ausarbeitung europäischer Führungsansätze
48 analog derjenigen der NATO.

49 **4. Finanzierung**

50 Zur Finanzierung der europäischen Streitkräfte soll der bereits beschlossene eu-
51 ropäische Verteidigungsfonds genutzt werden. Im Fall erheblich steigender Kos-
52 ten muss über die Einführung einer speziellen EU-weiten Abgabe beraten wer-
53 den.

54

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 021

Antragstitel:	Vielfältig, offen und liberal – Die Zielvereinbarungen bei den Freien Demokraten konstruktiv gestalten
Antragsteller:	David Jahn, Anna Kryszan, Seyda Türk
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Vielfältig, offen und liberal – Die Zielvereinba-**
2 **rungen bei den Freien Demokraten konstruktiv**
3 **gestalten**

4 Die Jungen Liberalen Berlin und die Freien Demokraten Berlin sind ein vielfälti-
5 ger, diverser und offener Verband. Gleich welchem Geschlecht, sexueller Orien-
6 tierung oder Herkunft soll bei uns jedes Mitglied die Möglichkeit haben, sich frei
7 zu entfalten und alles werden zu können. Als Liberale stehen wir für eine selbst-
8 bestimmte Gesellschaft, in der sich jeder Einzelne als Individuum frei entwickeln
9 kann.

10 Den geringen Frauenanteil sowohl bei der Berliner FDP als auch bei den JuLis
11 Berlin sehen wir als Problem an und wollen aktiv darauf hinarbeiten, dass deut-
12 lich mehr Frauen sich in Berlin für eine liberale Politik engagieren. Wir sehen da-
13 her sowohl uns als auch die FDP Berlin aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen,
14 um insgesamt mehr Menschen und insbesondere Frauen für Politik und politi-
15 sches Engagement zu gewinnen. Orts- und Bezirksverbände sowie der Landes-
16 verband arbeiten darauf hin, ein kritisches Bewusstsein in dieser Frage im Kreis
17 ihrer Mitglieder und Funktionsträger herzustellen. wir brauchen eine Organisati-
18 onskultur, die jede und jeden zur Beteiligung an der demokratischen Willensbil-
19 dung einlädt. Dafür wollen wir die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Partear-
20 beit vereinfachen, die Nutzung von geeigneten Online-Beteiligungsmöglichkeiten
21 erproben, moderne und ansprechende Veranstaltungsformate entwickeln, sowie
22 bestehende Formate attraktiver und effizienter gestalten. Dabei sind wir uns be-
23 wusst, dass tatsächliche Veränderungen bei jedem Einzelnen anfangen und wir
24 selbst in der Pflicht sind, für ein positives Miteinander einzutreten.

25 Eine starre und von oben verordnete Quote lehnen die JuLis Berlin jedoch ent-
26 schieden ab. Für uns geht es immer darum, Engagement zu ermöglichen und
27 nicht zu begrenzen. Die Erfolgsaussichten einer Bewerbung um ein Amt inner-
28 halb der JuLis oder der FDP darf nicht vom Geschlecht abhängig sein. Weder
29 eine Frauenquote noch eine Regionalquote dürfen über ein Wahlamt entschei-
30 den. Nur die persönliche Qualifikation, das eigene Engagement und die politi-
31 schen Überzeugungen sollen im Rahmen von demokratischen Wahlen entschei-
32 detes Bewertungskriterium sein.

Seite 50

33 Vor diesem Hintergrund begrüßen wir den Beschluss des Bundesparteitags der
34 FDP als höchstes Beschlussgremium zu Zielvereinbarungen. Wie im Beschluss
35 vorgesehen, setzen wir uns dafür ein, dass die Zielvereinbarungen offen und un-
36 ter Beteiligung der Mitglieder und von uns Jungen Liberalen abgeschlossen wer-
37 den. Nur so können wir die Kreativität und Innovationskraft der Orts- und Bezirks-
38 verbände auch nutzen, um mehr Frauen zum Engagement für die Freien Demo-
39 kraten zu gewinnen. Wir JuLis werden darauf hinarbeiten, dass die Berliner FDP
40 bei der Aushandlung und Umsetzung ihrer Zielvereinbarung nicht nur auf Min-
41 destanzahlen von Frauen in Vorständen setzt. Vielmehr setzen wir zum einen
42 auf Maßnahmen, die ein entsprechendes Problembewusstsein schaffen und auf
43 der anderen Seite auf eine veränderte Kommunikation auch um politische Pro-
44 zesse und Besetzung transparenter zu gestalten:

45 **1. Problembewusstsein in der Mitgliedschaft fördern, Verantwortungsbe-** 46 **wusstsein bei Funktionsträgern stärken**

47 a) Es wird ein jährlicher Bericht über Entwicklungen, Maßnahmen und Vorhaben
48 zur Verbesserung des Frauenanteils in der Berliner FDP dem Landesvorstand,
49 dem Landesausschuss und zumindest schriftlich dem Landesparteitag gegeben.

50 b) Die FDP Berlin bildet einen Arbeitskreis zur Erarbeitung, Umsetzung und Eva-
51 luierung von Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils. Dieser Arbeitskreis
52 soll aus Vertretern des Präsidiums, des Landesvorstands, der Bezirksverbände
53 und Vorfeldorganisationen bestehen.

54 c) Die Orts- und Bezirksvorsitzenden der Berliner FDP werden aufgefordert, min-
55 destens einmal im Jahr im Rahmen einer Vorstandssitzung den Frauenanteil ih-
56 rer Untergliederung zu diskutieren.

57 d) Die Bezirksverbände und der Landesverband sind aufgefordert, seine Veran-
58 staltungsformate auf ihre Familienfreundlichkeit hin zu untersuchen. Neue Forma-
59 te sollen ausprobiert werden. Der eingesetzte Arbeitskreis ist aufgefordert, eine
60 Best-Practice-Sammlung zu erstellen. Der Landesverband unterstützt bei der
61 konzeptionellen Umsetzung.

62 e) Durch den Landesvorstand soll eine Evaluation bestehender Veranstaltungs-
63 formate umgesetzt werden.

64 f) Die FDP Berlin gibt sich einen Code of Conduct für einen rücksichtsvollen
65 Umgang miteinander.

66 g) Der Zielvereinbarung zwischen FDP Bundesverband und Landesverband soll
67 ein Beschluss des Landesvorstands der FDP Berlin vorausgehen, welcher den
68 Vereinbarungstext zum Gegenstand hat.

69 h) Die FDP Berlin richtet die Stelle einer Ombudsperson ein. Diese fungiert als
70 Ansprechpartner für alle Mitglieder und hat die Aufgabe bei niederschweligen
71 Konflikten und Auseinandersetzungen als neutraler Vermittler zu schlichten sowie
72 die Antragsumsetzung zu überwachen. Die Ombudsperson überwacht zudem
73 das Voranschreiten der Maßnahmen zur Verbesserung des Frauenanteils. Die

Seite 51

74 Ombudsperson beschäftigt sich auch mit Fehlverhalten wie Sexismus. Ein sol-
75 ches Fehlverhalten muss konsequent geahndet werden.

76 i) Wir haben das gemeinsame Ziel, viele Frauen für unsere Themen zu begeistern
77 und sie zu aktiver Mitarbeit zu animieren. Wir sind überzeugt, dass wir als
78 Verband mit einer breit aufgestellten Programmatik und neuen Formen der politi-
79 schen Arbeit für alle liberal denkende Menschen eine Atmosphäre schaffen kön-
80 nen, in der Frauen sich gerne einbringen können – und wollen.

81 j) Parteiengagement muss auch abseits klassischer Präsenzveranstaltungen
82 möglich sein. Daher fordern wir digitale Mitmachangebote, um vielfältige Lebens-
83 modelle mit dem Engagement bei den Jungen Liberalen und Freien Demokraten
84 vereinbaren zu können. Die FDP soll sich daran auch ein Vorbild nehmen.

85 k) Gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit soll ein Em-
86 powerment-Programm eingeführt werden. Dieses soll zum Ziel haben, insbeson-
87 dere Frauen und politischen Nachwuchs anzusprechen. Weiterhin sollen Work-
88 shops zur Vermittlung von Soft-Skills wie u.a. Teamführung und kollaboratives
89 Arbeiten angeboten werden. Auch sollen dort die Anforderungen für Ämter
90 transparent aufgezeigt werden.

91 **2. Positive Kommunikation als Grundlage einer offenen Partei**

92 Bereits mit dem Leitbildprozess haben sich die Freien Demokraten auf den Kern
93 ihrer freiheitlichen Aussage besonnen und kommunizieren ihre Aussagen, Werte
94 und Ziele positiv.

95 a) Wir wollen ein positives Bild unserer Arbeit und unserer Werte vermitteln.
96 Daher verzichten wir auf negative Bilder, Verunglimpfungen und bloße Diffamie-
97 rung des politischen Mitbewerbers. Diesem Ziel sollen sich Partei und Fraktion
98 verpflichten.

99 b) Positive Kommunikation beginnt im Ortsverband! Daher arbeiten wir in allen
100 Gliederungen der Berliner FDP an einer einladenden und respektvollen Gruppen-
101 kultur und Gruppenkommunikation. Teambuildingmaßnahmen und andere ge-
102 meinschaftsstiftende Veranstaltungen sollen auf allen Ebenen der Partei einge-
103 führt und gefördert werden. Landesvorstand und Arbeitskreis unterstützen bei der
104 Konzipierung solcher Maßnahmen.

105 c) Bei Verfehlungen und schwierigen kommunikativen Umfeld sollen sich Mitglie-
106 der an die Ombudsperson wenden können.

107 e) Der Landesvorstand der FDP Berlin soll eine Evaluation der Außenwirkung,
108 der Öffentlichkeitsarbeit und der Ansprache von Interessierten durch Partei und
109 Fraktion erstellen. Basierend hierauf sind Verbesserungsvorschläge zur internen
110 und externen Kommunikation zu erarbeiten.

111 Gemeinsam mit allen Mitgliedern und Gliederungen der Berliner Freien Demo-
112 kraten wollen wir JuLis auf ein positives Miteinander hinwirken und ein Klima
113 schaffen, in dem insbesondere Frauen willkommen sind und sich entfalten kön-
114 nen.

115

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 022

Antragstitel:	Bei uns zählt Deine Persönlichkeit – Streichung des Geschlechts aus den Mitgliedsanträgen und -Verzeichnissen
Antragsteller:	Dominik Znanewitz, Natalie Sapir, Kim Huy, Natalia Ruiz-Uebe, Fabian Pfeil, Tobias Bergmann
	Status: <input type="radio"/> angenommen <input type="radio"/> abgelehnt <input type="radio"/> verwiesen an:

1 **Bei uns zählt Deine Persönlichkeit – Strei-**
2 **chung des Geschlechts aus den Mitgliedsan-**
3 **trägen und -Verzeichnissen**

4 Wir Junge Liberale Berlin fordern das Weglassen der Geschlechterabfrage auf
5 allen Mitgliedsanträgen und Formularen. Darüber hinaus fordern wir die unver-
6 zügliche Streichung des Geschlechts aus allen Mitgliederverzeichnissen und Ver-
7 teilerlisten. Das Anrede-Feld soll ebenfalls entfallen. Für die technische Umset-
8 zung ist Sorge zu tragen. Zudem soll ein weiteres Feld geschaffen werden, in
9 dem Antragsteller ihren gewünschten Rufnamen eintragen können.

10 Bereits gedruckte (Antrags-)Formulare dürfen weiterhin verwendet werden. Zu-
11 künftige Auflagen oder Vervielfältigungen jedoch dürfen diese Abfrage nicht
12 mehr beinhalten. Persönliche Anreden im Schriftverkehr sollen ab sofort nur
13 noch den Vornamen / Rufnamen beinhalten.

14

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antrag 023

Antragstitel:	Nein heißt immer noch Nein!
Antragsteller:	Anna Kryszan, Robert Welker, Timo Bergemann, Lars Rolle, Marie Brinkmann, Maximilian Reiter, Felicitas Engelhardt, Helena Radtke-Ruiz, Christina Turbatu
	Status: <input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen an:

1 **Nein heißt immer noch Nein!**

2

3 Die Jungen Liberalen Berlin bekennen sich klar zu einem effektiven strafrechtli-
4 chen Schutz der sexuellen Selbstbestimmung, der nach dem Grundsatz „Nein
5 heißt Nein!“ alle vorsätzlichen sexuellen Handlungen erfasst, die gegen den er-
6 kennbaren Willen der anderen Person vorgenommen werden. Der Gesetzgeber
7 ist mit seiner 2016 vorgenommenen Reform daran gescheitert, ein lückenloses
8 und praktikables Sexualstrafrecht einzuführen. In der 2,5-Jährigen Anwendungs-
9 praxis haben sich bereits bedenkliche Strafbarkeitslücken aufgetan, die ein er-
10 neutes Tätigwerden des Gesetzgebers unentbehrlich machen.

11 Die Jungen Liberalen Berlin fordern eine Anpassung des Sexualstrafrechts, um
12 folgende zwei Verhaltensweisen gegen die sexuelle Selbstbestimmung des Op-
13 fers angemessener erfassen zu können:

14 **Stealthing als strafbare Vergewaltigung**

15 Als Stealthing wird das heimliche Abziehen des Kondoms während des Ge-
16 schlechtsverkehrs gegen den Willen der Sexualpartnerin bzw. des Sexualpart-
17 ners bezeichnet. Der Täter verletzt durch dieses Vorgehen in erheblichem Aus-
18 maß die sexuelle Selbstbestimmung des Opfers, schließlich vollzieht er den Ge-
19 schlechtsverkehr entgegen zuvor (wenigstens implizit) vereinbarten Bedingungen
20 und setzt das Opfer einem deutlich höheren Schwangerschaftsrisiko und/oder
21 dem Risiko einer Ansteckung mit sexuell übertragbaren Krankheiten aus. Ob Sex
22 mit oder ohne Kondom stattfindet, liegt nicht im Belieben eines Sexualpartners.
23 Auch geht es an der Lebensrealität vorbei, diese Tat in zwei unabhängige Sach-
24 verhalte (also einen grundsätzlich konsensualen Geschlechtsakt und ein davon
25 isoliert bewertetes Abziehen des Kondoms) aufzuspalten – wie es etwa das AG
26 Tiergarten Ende 2018 geurteilt hat.

27 Die Jungen Liberalen Berlin fordern daher eine gesetzliche Klarstellung, dass
28 Stealthing nicht nur den Straftatbestand des sexuellen Übergriffs (§ 177 Abs. 1
29 StGB) erfüllt, sondern – wie überwiegend in der Strafrechtswissenschaft gefor-
30 dert – auch ein (ggf. neu zu schaffendes) Regelbeispiel für einen besonders

Seite 55

31 schweren Fall nach § 177 Abs. 6 StGB erfüllt. Hierdurch würde das deutlich er-
32 höhte Strafmaß einer Vergewaltigung anwendbar, ohne beide Delikte pauschal
33 miteinander gleichzustellen: der Strafraum zwischen zwei und 15 Jahren Frei-
34 heitsstrafe lässt hinreichenden Spielraum, die Schwere der Tat im Einzelfall an-
35 gemessen zu würdigen.

36 Upskirting als Sexualdelikt erfassen

37 Als Upskirting bezeichnet man das unerwünschte, insbesondere heimliche Foto-
38 grafieren unter den Röcken von Frauen. Solche Bilder landen häufig auf Porno-
39 seiten und anderen Onlineplattformen. Auf vielen Upskirts sind die Frauen identi-
40 fizierbar. Oft werden Frauen dafür in der Öffentlichkeit heimlich fotografiert oder
41 bedrängt. In Deutschland ist diese Praxis nicht hinreichend vom Gesetz abge-
42 deckt: Strafbar macht man sich erst durch die Verbreitung der Aufnahmen, das
43 Fotografieren ist weiterhin legal. Laut § 201a StGB sind diese Aufnahmen nur in
44 privaten und geschlossenen Räumen verboten. Mehrere Urteile zeigen, dass ei-
45 ne Strafbarkeitslücke besteht, da in einigen Fällen weder die Straftatbestände der
46 Beleidigung, noch der sexuellen Belästigung einschlägig sind.

47 Dem Schutzbedürfnis der Opfer trägt die deutsche Rechtslage damit zu wenig
48 Rechnung.

49 Die Jungen Liberalen Berlin fordern daher, dass Upskirting, also das unerlaubte/
50 unerwünschte, insbesondere heimliche Fotografieren unter den Röcken von
51 Frauen künftig als sexuelle Belästigung eingestuft wird bzw. als strafbare Hand-
52 lung der sexuellen Belästigung in die Strafgesetzgebung aufgenommen wird.

53

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Vgl. für Hintergrundinformationen zu Stealthing:

- AG Tiergarten, Urt. v. 11.12.2018 – Az. (278 Ls) 284 Js 118/18 (14/18). Der Täter wurde zu einer Bewährungsstrafe von 8 Monaten verurteilt und durfte als Bundespolizist im Staatsdienst verbleiben.

- <https://www.zeit.de/campus/2018-01/stealthing-sexualstraftat-rechtslage-opfer-taeter>

- <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/stealthing-heimlich-das-kondom-abgezogen-bundespolizist-in-berlin-verurteilt-a-1244425.html>

- <https://www.bento.de/politik/stealthing-heimlich-kondom-beim-sex-abziehen-ist-jetzt-rechtskraeftig-straftbar-a-806aa46e-168a-4088-b1ce-1d8755cd6294>

- <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/stealthing-rape-sexual-assault-us-lawmakers-condom-remove-no-consent-a7984561.html>

Seite 56

Vgl. für Hintergrundinformationen zu Upskirting:

- https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2018/_08/_27/Petition_83590.nc.html
- <https://www.wbs-law.de/personlichkeitsrecht/upskirting-ist-es-verboden-frauen-heimlich-unter-den-rock-zu-fotografieren-77610/>